

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 1.00 M. monatlich 1.20 M.
wöchentlich 30 Pf. frei im Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechs-spaltige Anzeigenspalte
ober dem Raum 60 Pf. für
zeitliche und gewerkschaftliche Berichte
und Berichtigungen 30 Pf.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Dienstag, den 13. Februar 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Die Schonfrist im Sperrgebiet abgelaufen.

Englische Angriffe bei Armentières,
südlich des La Bassée-Kanals und bei
Serre — Deutsche Sturmtruppen an der
Düna und bei Risielin.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12.
Februar 1917. (B. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht
Südlich von Armentières und südlich des La Bassée-Kanals
scheiterten durch lebhaftes Feuer vorbereitete englische Angriffe.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.
Vorhölle unserer Sturmtruppen an der Düna und bei Risielin,
westlich von Lutz, gelangen im vollen Umfang.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 12. Februar. Abends.
Auf dem Nordufer der Somme hielt auch nach
Scheitern der englischen Nachtangriffe das Feuer in
beträchtlicher Stärke an.

Der österreichische Bericht.

Wien, 12. Februar 1917. (B. T. S.) Amtlich wird
verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Putna-Tal scheiterte ein russischer Handgranaten-
angriff. — Bei Unternehmungen von Patrouillen und Sturm-
abteilungen, die südlich Salicz und nordwestlich Wodrzehn
zur Durchführung kamen, wurden zwei Offiziere, vierzig Mann
als Gefangene eingebracht und ein Maschinengewehr erbeutet.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Südschicht der Karst-Hochfläche und im
Bippach-Tal war der Geschützkampf zeitweise recht lebhaft.
— Ein feindlicher Flieger warf in der Nähe von Triest einige
Bomben ab, ohne Schaden anzurichten. — In der Tizoler
Front führten unsere Truppen zwei Unternehmungen erfolgreich
durch. Im Suganer-Tal nahm eine Abteilung des Infanterie-
regiments Nr. 14 eine feindliche Stellung südlich der Coalba-
Schlacht, machte zwei Offiziere und über sechzig Mann zu
Gefangenen und erbeutete ein Maschinengewehr, zwei Pistolen-
maschinengewehre und einen Minenwerfer. Im Ballarja-
Tschicht überfielen Kaiserliche die italienische Vorpellung
in der Lenso-Schlucht und brachten 22 Gefangene und ein
Maschinengewehr ein.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der Bosuja ist die Lage unverändert.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
u. Oberst. Feldmarschallleutnant.

Japans Kriegspolitik.

Der „Nietich“ veröffentlicht die Programmrede des japa-
nischen Ministerpräsidenten Motono, über die bisher nur
höchst unzulängliche Drahtmeldungen nach Europa gelangt
sind. Die Entwicklung der japanischen Politik im fernem
Osten und ihrer Beziehungen zu den großen Weltmächten
darf alles Interesse beanspruchen. Japan war durch seinen
Krieg mit Rußland völlig erschöpft. Seine Finanzen be-
fanden sich vor dem Weltkrieg in einem trostlosen Zustande.
Heer und Flotte blieben zurück, und die Volkswirtschaft trug
schwer an den Lasten des Sieges, der zur Erzwingung einer
ausreichenden Kriegsschädigung nicht groß genug war.

Im Kriege blühte Japan der Weigen. Tington fiel in
seine Hände. Indem die europäischen Mächte ihre ganze wirt-
schaftliche und politische Kraft auf gegenseitige Verflechtung
jammelten, räumten sie den Japansen Japanern im fernem
Osten das Feld, das von den Söhnen der aufgehenden Sonne
mit Eifer sofort bestellt wurde. Auch hat sich Japan durch
Kriegslieferungen und durch Frachtergewinne wirtschaftlich
so erholt, daß es nicht nur seine Auslandsanleihe teilweise
abtragen, sondern sogar als Geldgeber Englands auftreten
konnte. In China ist es unbetrittene Vormacht geworden.
Motono begann seine Rede mit einem Loblied auf
Japans Kampf gegen die „deutsche Barbarei“. Er erklärte
den Bund mit England als die Grundlage der
auswärtigen Politik Japans und widmete warme
Worte der neuen russisch-japanischen Freundschaft:
„Alle Kabinette in Japan haben seit dem Kriege
mit Rußland beständig die Politik der Annäherung an dieses
Reich verfolgt. Begonnen mit dem Einverständnis von 1907,
erweiterte sie mit der Konvention von 1916. Sie belehrte Ruß-
lands Regierung und Volk empfinden tiefe Anerkennung für
die großen Dienste, die Japan Rußland durch Lieferung von
Kriegsmaterial erwiesen hat.“

Weit weniger freundlich klingen die Worte des japa-
nischen Ministerpräsidenten über das Verhältnis zu den
Vereinigten Staaten. Japan habe sich zwar um auf-
richtige und freundliche Beziehungen zu den Vereinigten
Staaten bemüht, aber leichte Trübungen seien doch
aufgetaucht, wenn auch wieder vergangen. „Natürlich können
immer Fragen entstehen, die zwischen beiden Regierungen
Meinungsverschiedenheiten hervorrufen. Aber mit großer
Freude stelle ich bemerkenswerte Zeichen der Sympathie zwi-
schen beiden Völkern fest.“ In der diplomatischen Sprache,
wie sie zwischen „befreundeten“ Nationen üblich ist, kann man
kaum deutlicher und größer reden. Erst in letzter Zeit scheint
wieder eine dieser Trübungen“ auszutauchen, von denen der
japanische Premier sprach. In den Vereinigten Staaten hat
die Bestimmung des neuen Einwanderungsgesetzes Kraft er-
halten, die Analphabeten ausschließt. Da die japanische
Sprache und Schrift nicht zum Nachweis der Kunst des Lesens
und Schreibens zugelassen wird, so ergibt sich, daß durch diese
Bestimmung alle Japaner von der Einwanderung ausge-
schlossen sind, die keine europäische Sprache schreiben und
lesen. Der japanische Botschafter in Washington hat bereits
Einspruch erhoben.

China gegenüber will Motono eine unparteiische und
zurückhaltende Politik befolgen, die sich ausschließlich vor jeder
Eingemischung in die inneren Verhältnisse des Reichs der Mitte
hüte. Aber natürlich nur unter Bedingungen! Und diese
Bedingungen bestehen darin, daß China seine Reformen
im Sinne Japans durchführt und die besondere
Stellung Japans in der südlichen Man-
chchurei und im östlichen Teile der inneren
Mongolei anerkennt. „Dort hat es (Japan) die An-
erkennung besonderer Rechte und Interessen durchgesetzt.
Diese zu erhalten, ist die elementare Pflicht der Regierung.
China muß wissen, daß die Achtung vor diesen Rechten und
Interessen eine wesentliche internationale Verpflichtung ist
und zugleich wesentlich für ein gutes Einverständnis beider
Staaten.“ Eindrucksvoller kann dem ungeratenern Kinde die
strafende Aute nicht gezeigt werden.

Die Chinesen sind von der Bevormundung durch Japan
keineswegs erbaut. Sie haben sich auf Schritt und Tritt dem
Einfluß des kleinen Inselreiches zu entziehen, dessen Stärke
auf der früheren Einführung kapitalistischer Wirtschafts-
und Herrschaftsformen beruht. Erst in den letzten Tagen
meldete der Telegraph, daß wieder einmal ein Boykott
japanischer Waren verhängt wird. Diese Reibereien
mögen für den Augenblick bedeutungslos sein und bald wieder
verschwinden, aber sie zeigen doch aufs Klarste, daß es einen
einseitlichen „Asiatismus“ nicht gibt, der für manche Leute
eine politische Größe ist.

Die Schonfrist im Sperrgebiet ist abgelaufen

Amtlich. Berlin, 12. Februar. In der Nacht vom 12.
zum 13. Februar ist die bisher nicht bekanntgegebene Schonungsfrist
im Sperrgebiet des Atlantischen Ozeans und des eng-
lischen Kanals für neutrale Dampfer, denen die Nach-
richt von der Sperrgebietserklärung nicht mehr rechtzeitig zugegangen
war, abgelaufen.

Zu der Nordsee ist dies bereits in der Nacht vom 6. zum
7. Februar der Fall gewesen, im Mittelmeer in der Nacht vom
10. zum 11. Februar. Nunmehr gilt nur die allgemeine
für die Sperrgebiete erlassene Warnung, nach der die Schifffahrt
auf keine Einzelwarnung mehr rechnen kann.

Schiffe, die dennoch die Sperrgebiete besahren, tun dies mit
voller Kenntnis der ihnen und den Besatzungen drohenden Gefahr.

Es wird hiermit ausdrücklich festgehalten, daß alle von feindlicher
Seite verbreiteten Nachrichten über Torpedieren neutraler Schiffe
ohne vorheriges Anhalten vor obigen, für die einzelnen Sperrgebiete
genannten Daten falsch sind. Die angegebenen Schonzeiten galten
sogar auch für feindliche Passagierdampfer, soweit sie unbewaffnet
waren, weil auf ihnen neutrale Passagiere ohne Kenntnis der
Sperrere sein konnten.

Keine deutsche Note an Wilson.

Berlin, 12. Februar. Neuter verbreitet eine Meldung
der Associated Press, wonach die deutsche Regierung
an die Vereinigten Staaten eine Note gerichtet hätte, in der
sie um Vorschläge für die Vermeidung des
Krieges ersuchte. Nun teilt Wolffs Bureau mit: Diese
Meldung ist vollständig aus der Luft gegriffen, sie ist
übrigens noch eincm von dem „Tempo“ veröffentlichten Tele-
gramm aus New York bereits von Lansing und dem Schweizer
Gesandten in Washington, Herrn Ritter, dementiert worden.

Die südamerikanischen Noten.

Nach einem Amsterdamer Blatt wird der „Times“ aus
Salparaiso gemeldet, daß der chilenische Minister des Auswärtigen
in seiner Antwort an Wilson erklärte, die chilenische
Regierung habe der deutschen Regierung mit-
geteilt, daß ihrer Ansicht nach die Rechte der Neutralen
durch die angeführte U-Boot-Aktion verletzt werden und daß
diese deshalb nicht gutgeheißen werden könne. Die
chilenische Regierung glaube, daß diese Haltung den Ansichten
der Vereinigten Staaten, durch einseitliches Vorgehen das Recht
zu schänden und den Frieden zu bringen, entspreche.

Wolffs Bureau meldet weiter: Die zuverlässige Nach-
richten aus Argentinien besagen, tritt die offiziöse Zeitung „Epoca“
für eine Ablehnung der Wilsonschen Vorschläge
und strikte Neutralität ein. Auch die „Prensa“ ver-
hält sich scharf ablehnend und bringt die Aufsehen erregende
Mitteilung, daß Wilson vor Jahresfrist verurteilt habe, die
südamerikanischen Republiken durch Abmachungen in den Krieg
zu verwickeln. Die „Razon“, die sich gleichfalls entschieden
für eine Ablehnung ausspricht, sagt, daß Wilson in der Frage
der schwarzen Liste seine Unterstützung verweigert habe, jetzt
wünsche Argentinien ihm nicht Folge zu leisten. Die Stim-
mung in Argentinien ist ruhig.

Aus Brasilien verlautet, daß die Regierung die Auf-
forderung der Vereinigten Staaten, sich ihnen
anzuschließen, mangels gleicher Voraussetzungen abgelehnt
habe und sich auf einen Protest gegen die etwaige
Veeinträchtigung brasilianischer Inter-
essen beschränken werde.

Eine griechische Note an Amerika.

Ausserdam, 12. Februar. Einem hiesigen Blatt zufolge
wird der „Times“ aus Athen telegraphiert, daß die griechische Regierung
an Amerika eine Note richtete, in der unter anderem erklärt wird, die
griechische Regierung habe bei der deutschen bereits
Vorschlägen gemacht, wünsche aber an ihrer Politik
streitiger Neutralität festzuhalten, besonders unter
den Verhältnissen, in denen sich Griechenland jetzt befinde.

Die spanische Antwortnote an Deutschland.

Madrid, 12. Februar. (Frankf. Ztg.) Graf Romanones
erklärte dem Vertreter der Radio-Agentur, die Regierung
habe die spanische Antwortnote im Geiste voll-
kommener Versöhnlichkeit und mit dem Vertrauen
abgefaßt, daß die deutsche Regierung von den gleichen Ge-
fühlen der Freundschaft gegenüber Spanien besetzt sein werde.
Spaniens Haltung habe sich seit Kriegsbeginn
in voller Unabhängigkeit fern von jeder Einflüsterung bewegt
und werde das auch weiterhin tun.

Alle Parteiführer äußerten ihr Einverständnis mit der
internationalen Politik der Regierung. Ein Teil der spanischen
Presse meint, der gleiche Protest wie an die Zentralmächte
hätte auch an die Alliierten gerichtet werden müssen.

Weiter wird aus Madrid gemeldet: Die Regierung ver-
sammelte alle Fraktionsführer und suchte um ein Vertrauens-
votum nach wegen der Bewilligung außerordentlicher Kredite,
die die Umstände erfordern könnten. Die Unter-
stützung dieser Forderungen wurde zugesagt.

Die American Line fordert Regierungsschutz.

New York, 11. Februar. (Reuter.) Die American Line teilt mit, ihre Schiffe würden nicht über den Atlantischen Ozean fahren, wenn die Regierung nicht Bedeckung über Geschütze und Bedienungsmannschaften stelle.

Zu den Schiffen der American Line gehört der Postdampfer St. Louis, der nach Mittelungen aus letzter Woche bewaffnet und ohne die von Deutschland verlangten Schutzzeichen nach England fahren wollte.

Frachtraumnot, Kohlenmangel, Arbeitslosigkeit.

Ein außerordentlicher Ministerrat besprach die außerordentlich schwierige Lage an der Ostküste und in Bilbao. Die Frachtraumnot verhindere die Obstausfuhr. Die Zahl der Arbeitslosen wächst stetig. Die Hochöfen von Bilbao fürchten, wegen Kohlenmangel feiern zu müssen.

Bern, 12. Februar. „Tempo“ zufolge erhielten die Reederei in Bilbao von englischen Firmen vorteilhafte Angebote auf Schiffvermietungen. In der Öffentlichkeit sieht man der Annahme des Angebotes günstig gegenüber. Borecht bleiben jedoch alle Schiffe in Bilbao, bis ihnen für die Fahrten genügende Sicherheiten gegeben werden.

Steigende Schiffsfrachten und Versicherungen in Cette.

Bern, 12. Februar. Laut „Matin“ sind seit der Verkündung des verstärkten U-Boot-Krieges die Gebühren der Schiffsfrachten in Cette um 200 Proz., die Versicherungstarife von 4 auf 7 Proz. gestiegen. Alle spanischen Schiffe wurden sofort abgerufen.

England anlaufen oder — keine Kohlen.

Madrid, 12. Februar. Nach Meldungen aus Las Palmas (Kanarische Inseln) verweigern die dortigen englischen Firmen den nordwestlichen Dampfern Stortad und Urjarl, welche beide mit Getreide beladen sind, Kohlen, falls die Dampfer nicht England anlaufen.

Der Krieg auf den Meeren.

Die Sonntagsbeute 25 000 Tonnen.

Bern, 12. Februar. „Tempo“ bringt die Hochliste der versenkten Schiffe von gestern, die vier englische Dampfer, darunter den bereits gemeldeten Postdampfer Martula (8250 Tonnen), zwei norwegische Schiffe und drei holländische Segler, insgesamt ungefähr fünfundsiebzigtausend Tonnen anweist.

„Daily Telegraph“ gibt den Gesamtverlust an Schiffsraum vom 7. Februar auf 28 941 Tonnen an.

Nach einer Londoner Meldung von gestern des Krisianier „Morgenblatt“, die von der „Voss. Ztg.“ mitgeteilt wird, sollen weiterhin

achtzehn englische Schiffe von 60 000 Tonnen versenkt worden sein. Ferner berichtet die „S. Z.“ die Versenkung des russischen 5000-Tonnen-Dampfers Cercea, der Kohlen für die französische Admiralität geladen hatte. Die „National-Zeitung“ gibt eine Zeitungsmeldung aus Archangel wieder, nach der seit dem 1. Februar

fünf russische Schiffe von zusammen 9400 Tonnen

durch U-Boote oder Minen vernichtet wurden. Drei weitere russische Schiffe in englischer Charter sind als überfällig gemeldet worden.

Ueber 30 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 12. Februar. Unter den am 11. Februar als versenkt gemeldeten 10 Dampfern befanden sich außer einem englischen Getreidedampfer von etwa 7500 Dr.-M.-Tonnen drei bewaffnete große Frachtdampfer und ein unbewaffneter englischer Frachtdampfer von 3500 Tonnen.

Neu eingegangenen Meldungen unserer U-Boote zufolge wurden ferner versenkt: ein englischer Schoner unbekanntes Namens von etwa 300 Dr.-M.-Tonnen mit Rohausgranaten, die französische Bark Doeland (305 Tonnen) mit Salz und Wein, die französische Segler Confiante und St. Marie, beide mit Kohlenladungen nach Frankreich, ein abgeblendeter Dampfer von circa 4000 Dr.-M.-Tonnen, der russische Dampfer Cerera mit 5000 Tonnen Kohlen für die französische Admiralität, außerdem sieben Dampfer und drei Segler, welche letztere insgesamt 22 000 Dr.-M.-Tonnen hatten.

Versenkt.

Cliftonian (4800 Tonnen), englisches Schiff (Daily Tel.).
Explorer (7608 Tonnen), englischer Dampfer (Daily Tel.).
Balmleaf, englischer Dampfer (Daily Tel.).
St. Ninian (3026 Tonnen), Dampfer aus Glasgow (Daily Tel.).
Abelaide (150 Tonnen), englischer Fischdampfer und drei kleine Schoner (Daily Tel.).
Marie (154 Tonnen), französischer Schoner (Tempo).
Vendox, englischer Leichter (Wohb).
Inverlyon, englisches Fischerboot (Wohb).
Mantola (8250 Tonnen), englischer Postdampfer (Wohb).
Sallagh (3511 Tonnen), englischer Dampfer. Der Maschinist durch Artilleriefire getötet, zwei Mann schwer verwundet, acht nach unversündlicher Bootsfahrt gerettet. (L.-A. Rotterdam Meldung.)

Der Gamma-Fall und die deutsche Regierung.

Haag, 12. Februar. Die niederländische Regierung meldet amtlich: Der Minister des Auswärtigen teilte mit, daß der niederländische Gesandte in Berlin, wie sein Auftrag es vorschrieb, sich an die deutsche Regierung gewandt hat, um Klärung über die Vernichtung des niederländischen Dampfers Gamma durch ein deutsches Tauchboot zu erbitten. Die deutsche Regierung antwortete, daß die Vernichtung des genannten Schiffes in keinem Falle als eine Folge der Erweiterung des Tauchbootkrieges anzusehen sei.

Die deutsche Regierung sagte eine genaue Untersuchung des Falles zu, sobald das betreffende Tauchboot zurückgekehrt sein werde. Außerdem erklärte die deutsche Regierung, daß, wenn sich bei dieser Untersuchung ergeben würde, daß der Bericht über die Vernichtung richtig sei, die deutsche Regierung nicht zögern werde, vollkommene Genugtuung zu geben.

Feindlicher Kriegsschiffverlust bisher 822 535 Tonnen.

Aus dieser Riffer, die auf der neuesten Zusammenstellung beruht, ergibt sich, daß seit Beginn des Krieges an feindlichen Kriegsschiffen mehr Tonnentraum vernichtet worden ist, als die französische Marine — die drittgrößte der Welt — vor dem Kriege überhaupt an Kriegsschiffen besaß. Das Mehr beläuft sich auf rund 100 000 Tonnen. Hilfskreuzer und Hilfschiffe sind in der Verlustliste nicht mitgerechnet.

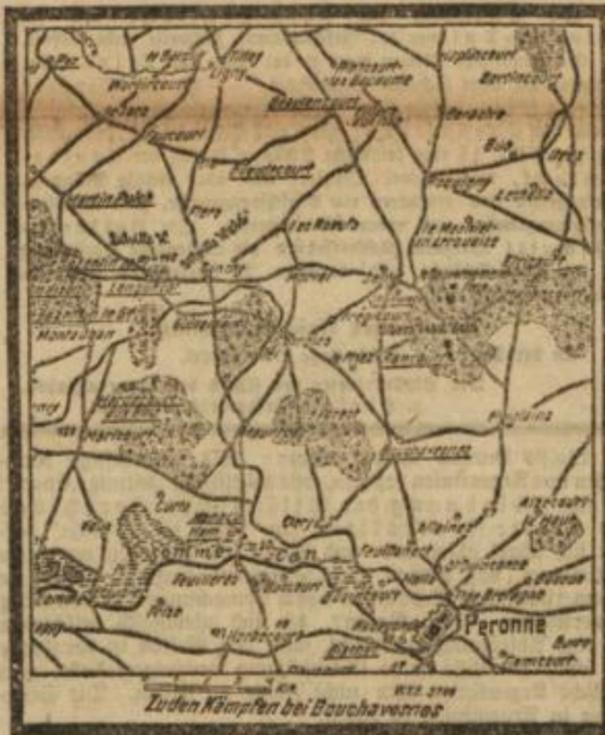
Torpedoboot V 69.

Amtlich. Berlin, 12. Februar. Das deutsche Torpedoboot V 69 ist, nachdem es mit eigenen Mitteln seine Seefähigkeit wiederhergestellt hatte, in der vergangenen Nacht aus Dünkirchen ausgelaufen und heute früh wohlbehalten in einem deutschen Stützpunkt eingetroffen.

Eines unserer Unterseeboote hat am 10. Februar in den Hoorden ein französisches Marinelampfschiff abgeschossen, zerstört und die beiden Insassen gefangen genommen.

Die Kämpfe bei Serre.

Berlin, 12. Februar. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag tobten heftige Kämpfe zwischen Serre und Ancre. Sechs englische Angriffe wurden unter schweren englischen Verlusten zurückgewiesen. Bereits am Nachmittag lag außerordentlich starkes englisches Feuer auf den deutschen Stellungen nördlich der Ancre, das sich mit Eintritt der Dunkelheit zu heftigem Trommelfeuer steigerte. Ein Grabenstück bei Serre wurde während der englischen Feuerbereitschaft geräumt, ohne daß dies von den Engländern, die besonders heftiges Feuer auf den geräumten Graben richteten, bemerkt worden wäre. Zwischen 9 und 10 Uhr gingen die ersten englischen Sturmtruppen über das verschneite zusammengefrorene Gelände zum Angriff in der Gegend Beaumont vor. Sie wurden blutig zurückgewiesen. Ebenso scheiterten zwei weitere Angriffe, die die Engländer an der gleichen Stelle versuchten. Gegen 11 Uhr wurde ein vierter englischer Angriff östlich Beaumont von einem englischen Bataillon, durch eine große Anzahl von Maschinengewehren verstärkt, vorgetragen. Bei diesem Angriff kam es zu erbitterten Nahkämpfen, wobei ein Offizier und über 30 Mann in deutschen Händen blieben. Der Angriff scheiterte vollkommen. Hierauf versuchten die Engländer noch zwei Angriffe in der Gegend von Serre mit starken Kräften. Etwas nach Mitternacht drangen sie in Schneezügen nach wütenden Handgranatenkämpfen in die deutschen Gräben ein, wurden jedoch durch einen mit großer Wucht vorgetragenen Gegenstoß mit schweren Verlusten an Toten, Verwundeten und mehreren Gefangenen wieder geworfen. Um 4 Uhr morgens versuchten die Engländer ihren sechsten und letzten Angriff in dieser Nacht. Dieser Angriff brach bereits im deutschen Speerfeuer zusammen. Die deutschen Truppen haben sich bei dieser Reihe englischer Angriffe mit hervorragender Tapferkeit geschlagen und dem Feind außerordentlich schwere Verluste beigebracht.



Englischer Heeresbericht vom 11. Februar: Gestern Abend haben wir nördlich von der Ancre eine neue sehr erfolgreiche Operation durchgeführt. Ein starkes Grabensystem am Südhang des Hügel von Serre wurde angegriffen und auf einer Front von mehr als drei Viertel Meilen erobert; 215 Gefangene wurden eingebracht, eine Zahl, die diejenige unserer Gesamtverluste beträchtlich übersteigt. Wir drangen in der Nacht in feindliche Gräben südwestlich von La Faisie, nordöstlich von Neuve Chapelle und südlich von Fauquissart ein, fügten dem Feinde schwere Verluste zu, zerstörten Unterstände und brachten eine Anzahl von Gefangenen ein.

Trommelfeuer am Dojransee.

Sofia, 11. Februar. Generalstabsbericht vom 11. Februar. Mazedonische Front. Während des ganzen Tages hat der Feind ein ziemlich heftiges Geschütz- und Minenwerferfeuer unterhalten, welches gegen Abend in ein Trommelfeuer auf unsere Stellung südlich vom Dojransee überging. Gegen 10 Uhr abends ging ungefähr ein Bataillon der Engländer gegen unsere Stellung vor, wurde aber von unseren Truppen mit Bajonett und Bomben angegriffen und blutig zurückgeworfen, wobei es schwere Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen erlitt. Viele tote Feinde liegen in und vor unseren Drahtverbänden. Wir erbeuteten ein Maschinengewehr, Infanteriegewehr und anderes Kriegsgerät. Unter den Gefangenen befindet sich ein englischer Offizier. Auf der übrigen Front ziemlich schwache Artillerietätigkeit von beiden Seiten und Feuerwechsel zwischen Vortruppen. Lebhafter Pfliegerbetrieb im Bardatal und längs der ägäischen Küste zwischen Nissa und Struma.

Rumänische Front. Durch Geschützfeuer haben wir Abteilungen feindlicher Infanterie zerstreut, die auf dem linken Ufer des St. Georg-Kanals nördlich von Tulcea sichtbar wurden.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

Haag, 12. Februar. Der „Manchester Guardian“ sagt zu den Kämpfen in Mesopotamien: Die letzten Berichte aus Mesopotamien zeigen, daß dort ein noch ernstes Gefecht im Gange ist, daß Fortschritte jedoch nur schwer zu erzielen sind, und daß wir nicht so rasch vorgegangen sind, wie die etwas unbestimmten Berichte über die Operationen uns glauben machten. Die Kämpfe scheinen dort ebenso vor sich zu gehen, wie in Europa.

Die türkischen Heeresberichte von der Tigrisfront.

Bericht vom 9. Februar: Nach Nachrichten, die infolge Drahtunterbrechung erst kürzlich eingetroffen sind, hat am 3. Februar, südlich vom Tigris ein größeres Treffen stattgefunden. In der Nacht zum 3. und am Morgen nahm der Feind unsere Stellungen unter heftigem Geschützfeuer und griff um 11 Uhr vormittags an. Bei seinem ersten Angriff gelang es dem Gegner, sich eines Teiles unserer ersten Linie zu bemächtigen, er wurde aber durch unseren Gegenangriff teilweise zurückgeworfen. Er brang darauf abermals vor, aber es gelang uns, unsere zweite Linie bis auf einen kleinen Bruchteil durch einen heftigen Gegenangriff wiederzunehmen. Weitere Angriffe am Nachmittag desselben Tages wurden abgewiesen. Weiter östlich wurde eine Kavalleriebrigade nebst Artillerie, welche gegen den Tigris vorzubringen versuchte, durch das Feuer unserer Kanonenboote gezwungen, den Rückzug anzutreten. Am 9. Februar und an den folgenden Tagen Infanterie- und Artilleriefeuer südlich vom Tigris in der Stellung von Fellahie.

Bericht vom 10. Februar: Am 9. Februar griff der Feind nach Artilleriebereitschaft, die bereits am Morgen begann, um 10 Uhr vormittags unsere Stellungen südlich vom Tigris an. Der Angriff wurde unter großen Verlusten für den Feind abgebrochen. Bei einem zweiten Angriff des Gegners gelang es Anfangs einem einzigen seiner Bataillone, in unsere Linien einzudringen, es wurde jedoch durch Handgranaten- und Bajonettkampf wieder aus unserer Stellung vertrieben, und so waren um 3 Uhr nachmittags unsere Stellungen völlig wiederhergestellt. Ein feindlicher Pflieger wurde durch unser Infanteriefeuer zur Landung gezwungen.

Bericht vom 11. Februar: Am Nachmittag des 9. Februar griff der Feind unsere Stellungen südlich vom Tigris auf neue an. Die Kämpfe dauerten mit außerordentlicher Heftigkeit bis in die vorgehenden Abendstunden. Nur auf unserem linken Flügel gelang es dem Feinde, Boden zu gewinnen. Im Verhältnis zu den Verlusten, die der Feind erlitt, und die nach Feststellungen mindestens drei- oder viermal so groß waren als die unsrigen, waren seine Erfolge sehr gering. Am Morgen des 10. Februar nahm der Feind unsere Stellungen unter heftigem Feuer seiner schweren Artillerie. Es fand jedoch weder gegen unsere linken Flügel noch gegen unsere Mitte ein feindlicher Angriff statt. Drei feindliche Kompanien, die sich im Schutze des ungenügenden Wetters bis auf 20 Meter unserer Stellungen auf dem rechten Flügel näherten, wurden mit großen Verlusten zurückgeschlagen.

Die englischen Heeresberichte.

Bericht vom 10. Februar: Die bei unserm Vorrücken am 5. Februar gewonnenen feindlichen Stellungen sind jetzt befestigt worden. Während der Befestigungsarbeiten wurden mehrere Minen- und Bombenunternehmungen ausgeführt, und die Artillerie befehligte bei mehreren Gelegenheiten eine vom Feinde stark besetzte Südhölzfabrik. Am 7. Februar wurde bei einer erfolgreichen Kavallerie-Unternehmung eine große Menge Korn erbeutet. Am 8. Februar wurde die Offensive wieder aufgenommen und unter dem Schutze schwerer Beschützung ein Teil der neuen feindlichen Frontlinie westlich des Hai genommen und anschließend wieder Gegenangriffe befehligte. Weiter westlich drangen wir nach erfolgreichem Bombenkampf in feindliche Schützengräben ein, die auf einer Front von 1200 Yards gesichert und befestigt wurden. Während dieser Unternehmungen trieb unsere Kavallerie auf dem rechten Flügel feindliche vorgeschobene Truppen südlich und westlich von Schurran zurück.

Bericht vom 11. Februar: In der Nacht vom 9. auf den 10. Februar haben wir vier türkische Angriffe auf unserm rechten Flügel abgewiesen und unsere Stellung auf dem linken Flügel weiter verbessert. Am Morgen des 10. Februar haben wir die Befestigung der feindlichen Gräben durch Angriffe mit Bomben schnell erweitert; später haben wir nach heftiger Beschützung 500 Yards der feindlichen Gräben westlich von der Südhölzfabrik und die Fabrik selbst erstürmt. Dieses Gebäude ist von General Tommashend während der ganzen Belagerung von uns gehalten worden. Wir machten auch auf dem rechten Flügel heftige Fortschritte. In Ausnutzung der Operationen vom 9. und 10. Februar haben wir auf einer Front von mehr als 6000 Yards eine neue Linie besetzt und den Feind in einer Tiefe von 800 bis zu 1200 Yards zurückgedrängt. Die Türken haben wieder schwere Verluste erlitten; eine unserer Brigaden hat mehr Beiden des Feindes aufgefressen als ihre eigenen Gesamtverluste betragen.

Persische Front und Kaukasusfront.

Der türkische Heeresbericht vom 11. Februar meldet: Persische Front. Eine unserer Abteilungen, die nördlich von Hamadan operiert, warf feindliche Kavallerie in nordöstlicher Richtung zurück und machte einige Gefangene.

Kaukasusfront. Ein überaus heftiger Angriffsvorstoß starker feindlicher Erkundungsabteilungen gegen verschiedene Punkte unserer Abteilungen auf dem linken Flügel zog einen Mißerfolg des Feindes nach sich, der überall zurückgeschlagen wurde. Nichts von Bedeutung an den anderen Fronten.

Die letzte Mehrheit für Briand.

Bern, 11. Februar. Nach zuverlässigen Mitteilungen war im Gegensatz zur Havasmeldung die Mehrheit Briands bei der letzten Abstimmung in der Kammer über die Kredite der Unterstaatssekretariate im Zusammenhang mit der Vertrauensfrage nicht 389 Stimmen, sondern nur 290. — „L'Œuvre“ und „Clémenceau“ „Homme enchainé“ machen darauf aufmerksam, daß Briand nicht mehr berechtigt sei, im Namen des Landes zu sprechen.

Die französische Regierung festigt Venizelos.

Bern, 11. Februar. Laut „Tempo“ hat die französische Regierung die Behörden offiziell angewiesen, mit den Vertretern von Venizelos in Verbindung zu treten. Der Karlsruher Generalkonsul der Salonischer Regierung wurde anerkannt. Die Anerkennung der Konsuln in Lyon, Vorbeaux und Le Havre steht bevor.

Musterung

des Jahrgangs 1918 in Frankreich.

Haag, 10. Februar. Havas meldet aus Paris: Das Kriegsministerium brachte gestern in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, der es ermächtigt, den Jahrgang 1918 unter die Waffen zu rufen. In der Begründung des Entwurfs wird bemerkt, daß die Tätigkeit der ärztlichen Untersuchungskommissionen am 15. März vollständig erledigt sein muß, so daß also die Einreichung der neuen Rekruten in den ersten Tagen des Monats April stattfinden kann. Der Gesetzentwurf wird zur Prüfung an die Armeekommission weitergeleitet.

Die Einberufung des Jahrgangs 1917 hatte bereits Anfang Januar 1916 stattgefunden.

Vereinfachung der Justiz.

Der Justizetat im Ausdau.

Die Verhandlungen des Staatshaushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses am Montag über den Justizetat brachten eine längere Aussprache über die durch den Krieg dringend gewordenen Fragen der Justizreform.

Der Justizminister regte die Vereinfachung des Schwurgerichtsverfahrens durch Herabsetzung der Geschworenenzahl von zwölf auf sieben an und in Verbindung damit die Ueberweisung zahlreicher Straftaten von den Schwurgerichten an die Strafkammern. Ebenso würde es sich nach der Meinung des Ministers empfehlen, alle Uebertretungen und auch eine gewisse Gruppe minder bedeutungsvoller Vergehen (etwa die mit Strafen bis 800 M. oder 600 M. bedrohten Vergehen) vom Schöffengericht an den Einzelrichter zu übertragen, während auf der anderen Seite eine Reihe anderer Straftaten der Kompetenz der Strafkammern zu entscheiden und den Schöffengerichten zu überweisen sei. Dem Vorschlag, die Befugnis der Strafkammern von fünf auf drei Richter zu verringern, steht der Justizminister an sich nicht unsympathisch gegenüber, er glaubt aber, daß gegen diese Reform in der Öffentlichkeit scharfe Opposition sich geltend machen werde, wenn, wie geplant, zugleich zahlreiche Verbrechen von den Schwurgerichten an die Strafkammern übergehen. Aber vielleicht lasse es sich durchführen, daß wenigstens bei denjenigen Strafkammern, die nur als Berufungsgerichte dienen, die Befugnis um zwei Richter verringert würde, denn hier handle es sich weniger um die schwierige Ermittlung von Tatbeständen, als vielmehr in erster Linie um die Beurteilung reiner Rechtsfragen. Bei Uebertretungen und kleineren Vergehen würde es sich empfehlen, an Stelle des bisher bestehenden Anklagezwanges das sogenannte Opportunitätsprinzip einzuführen, d. h. der Anklagebehörde zu überlassen, ob sie Anklage erheben will oder nicht.

Ein nationalliberaler Redner wünscht, den Schiedsmännern im Privatklagenverfahren größere Befugnisse zuzubilligen, um auf diese Weise die Schöffengerichte zu entlasten. Ein konservativer empfiehlt, auch rückfällige Diebe von Schöffengerichten aburteilen zu lassen. Es schade gar nichts, auch den Schöffengerichten die Befugnis zu übertragen, auf Justizhausstrafen zu erkennen. Auch ein volksparteilicher Redner setzt sich für die Vereinfachung des Schwurgerichtsverfahrens und für die Verminderung der Geschworenenzahl für die Dauer der Kriegszeit ein. Der Verminderung der Strafkammerrichter von 5 auf 8 würde er nur unter der Bedingung zustimmen, daß dann zum Schiedsgericht einstimmig die Richterkollegiums erforderlich sei. Nachdem ein volksparteilicher Angreifer eines Nationalliberalen gegen die Berliner Notare und Rechtsanwälte zurückgewiesen hatte, erklärte der sozialdemokratische Redner, Gen. Haenisch, sich durchaus damit einverstanden, daß der Anklagezwang bei Uebertretungen und kleineren Vergehen aufgehoben werde. Der Anklagezwang sollte aber nicht nur für die Dauer der Kriegszeit, sondern auch für die kommende Friedenszeit beseitigt und an seine Stelle das Opportunitätsprinzip gesetzt werden. Jetzt im Kriege sei es allerdings oft schwer, die notwendige Zahl von Geschworenen zusammenzubekommen. Er habe deshalb für die Kriegsdauer nicht gegen eine Verminderung der Geschworenenzahl von 12 auf 7 einzuwenden. Für den Frieden aber habe diese Verminderung, die zugleich eine Herabdrückung des Ansehens der Geschworenenrichterbekanntnisse bedeuten könne, doch ihre harten Bedenken. Ueberhaupt habe aus den Ausführungen des Ministers die Tendenz herausgehungen, auch für später möglichst viele Sachen den Schwurgerichten abzunehmen und sie reinen Juristengerichten zu übertragen. Das Geschworenengericht dürfe nicht preisgegeben werden. Fehle es an Geschworenen, so möge man doch in höherem Maße als bisher Arbeiter heranziehen. Noch jetzt kämen dem Redner viele Geschworenenlisten vor Augen, die fast ausschließlich aus Angehörigen der besitzenden Klassen beständen. Der Justizminister bestritt demgegenüber, daß aus seiner Rede irgendeine Antipathie gegen die Laiengerichte herauszulesen gewesen sei.

Der Justizetat wurde genehmigt.

Politische Uebersicht.

Der Arbeitsplan des Landtages.

Am Dienstag nimmt das preussische Abgeordnetenhause seine Plenarsitzungen wieder auf. In den letzten Wochen haben nur Kommissionen getagt und ihre Arbeiten so gefördert, daß genügend Beratungsstoff für das Plenum vorhanden ist. In erster Linie soll versucht werden, den Etat diesmal rechtzeitig zu verabschieden. Das wird nur dann möglich sein, wenn das Abgeordnetenhause die dritte Lesung bis Mitte März erledigt hat, damit dem Herrenhause noch etwa 14 Tage Zeit zur Staatsberatung übrig bleiben. Auf der Tagesordnung der Dienstagssitzung steht an erster Stelle die zweite und dritte Lesung des Antrages auf Annahme eines Gesetzesentwurfs betreffend Steuerfreiheit der Kriegsteuerzulagen. Die verstärkte Staatshaushaltskommission beantragt die Annahme in folgender Fassung:

Die aus Anlaß der Kriegsteuerung bewilligten Beihilfen und Zulagen der unmittelbaren und mittelbaren Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter des Reichs, des Staates und der Kommunalverbände sowie der Geistlichen, Lehrer, Beamten, Angestellten und Arbeiter der Kirchenverbände, Kirchengemeinden und anderer Religionsgemeinschaften und Religionsgemeinden sind frei von Staats- und Gemeindesteuern.

Die sozialdemokratische Fraktion hat hierzu einen Zusatzantrag gestellt, wonach auch die während des Krieges den Angestellten und Arbeitern privater Betriebe von deren Besitzern bewilligten laufenden und einmaligen Teuerungszulagen frei von Staats- und Gemeindesteuern sein sollen. Die verstärkte Staatshaushaltskommission hat diesen Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Fortschrittler und Nationalliberalen abgelehnt.

Im Anschluß daran soll die zweite und dritte Beratung des Gesetzesentwurfs über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände vorgenommen und dann mit der zweiten Lesung des Etats des Ministeriums des Innern begonnen werden. In Verbindung hiermit steht zur Debatte die Petition des Reichsverbandes der deutschen Presse in Berlin um Beschränkung der Zensur politischer Meinungsäußerungen und Nachrichten, sowie zwei Anträge der Staatshaushaltskommission, von denen der eine die Regierung ersucht, zur Förderung von Säuglingsfürsorge stellen besondere Mittel in den nächsten Staatshaushaltsplan einzustellen und zur Unterhaltung von Säuglingsfürsorgeeinrichtungen Beihilfen zu gewähren, während der andere die Regierung auffordert, bei den Beratungen über die Bevölkerungspolitik die Beibehaltung der Reichswochenhilfe in Erwägung zu ziehen.

Kriegsteilnehmer und Dreiklassenwahlrecht.

Der „Kreuzzeitung“ ist das von uns gebrochene Zitat ihres einstigen Chefredakteurs Hermann Wagener zum preussischen Wahlrecht sehr unangenehm. Wie zu erwarten,

findet sie nicht den Mut, den Ausdruck Wageners, wozu wir sie aufforderten, wörtlich ihren Lesern vorzuführen. Sie redet vielmehr mit folgenden Sätzen darum herum:

Der „Vorwärts“ hat Äußerungen des einstigen Chefredakteurs der „Kreuzzeitung“ Hermann Wagener aus dem Jahre 1886 angeführt, in denen er im Abgeordnetenhause das allgemeine Wahlrecht in Preußen als das notwendige politische Korrelat der allgemeinen Wehrpflicht bezeichnet. Liberale Blätter drücken ihm das triumphierend nach. Wir könnten sie auf die Stellungnahme verweisen, die sehr gute und angesehene Liberale im konstituierenden Reichstage gegen das allgemeine Wahlrecht eingenommen haben, und behelfen uns vor, das gelegentlich zu tun. Heute sei dem „Vorwärts“ nur kurz erwidert, daß die allgemeine Wehrpflicht ja inzwischen durch das allgemeine gleiche Wahlrecht im Reiche, wo über die Frage der Landesverteidigung und die Aufbringung der Mittel für sie entschieden wird, ihr Korrelat gefunden hat. Zudem oder können alle politischen Fragen selbsterklärend nur unter den Verhältnissen ihrer Zeit beurteilt werden. Von 1848 bis zu den im Jahre 1866 eingetretenen Wandlungen konnte die Arbeiterschaft als Gegengewicht gegen das demokratisch geführte Bürgerium in Betracht kommen. Man weiß, daß Bismarck aus diesem Gesichtspunkt heraus der Bewegung Lassalles eine gewisse Begünstigung hat zuteil werden lassen. Darin ist in dem halben Jahrhundert, das seitdem verfloßen ist, eine gründliche Wandlung eingetreten, und unter den heutigen Verhältnissen würde sicherlich auch Hermann Wagener nicht für das allgemeine Wahlrecht schwärmen und seine Einführung in Preußen fordern.

Die „Kreuzzeitung“ hat den Kern unieres Streites vergerissen oder sie stellt sich zum mindesten so. Sie hatte das preussische Wahlrecht als gerecht gepriesen, weil es das Wahlrecht des einzelnen seiner Leistung für den Staat anpasse. Darauf hatten wir gefragt, ob man jetzt, nach zweieinhalb Jahren Weltkrieg, wirklich, ohne Schamrot zu werden, die Leistung für den Staat nach dem Geldsack bemessen wolle. Die Kriegsteilnehmer müßten solche beachtliche Einkünfte ihrer Leistung als Soldat ins Gesicht empfinden. Diesen Hinweis auf die Kriegsteilnehmer rechnete uns die „Kreuzzeitung“ als „plumpe Demagogie“ an. Daraufhin stellten wir der „Kreuzzeitung“ einen zweiten „plumpen Demagogen“ in der Gestalt ihres einstigen Chefredakteurs Hermann Wagener vor, der 1866 das gleiche Wahlrecht für die Soldaten von Königsgrätz reklamierte und es als Ungerechtigkeit hinstellte, daß ein mit dem Militärkreuz geschmückter Krieger weniger Einfluß haben solle, als irgendein Gewürzkrämer. Diesen von den Kriegsteilnehmern handelnden wichtigsten Satz des Wagenerischen Ausspruches hat die „Kreuzzeitung“ bezeichnenderweise vollkommen fortgelassen, und genau ebenso verfährt, was auffällig ist, die „Deutsche Tageszeitung“, die gleichfalls diese Sache behandelt. Dieses übereinstimmende zaghafte Verschweigen des entscheidenden Satzes beweist doch, daß man sich auf konservativer Seite der Schwäche der eigenen Position vollumfänglich bewußt ist; man weiß auch dort sehr gut, daß die Geldleistung, auf der das Dreiklassenwahlrecht beruht, verschwindet neben der Mut- und Opferleistung des Kriegsteilnehmers, und daß dieses Mißverhältnis zum Nichtswert dieses Wahlrechtsmonstrums werden muß.

Ein falsches Gerücht.

Unter der Ueberschrift „Ein sozialdemokratischer Parteitags?“ schreibt das „Berliner Tageblatt“ in seiner Montag-Abendnummer:

Die sozialdemokratische Parteizentrale plant, wie wir hören, die Einberufung eines Parteitages in allerhöchster Zeit. Sie hält die Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft für unvermeidlich und dringlich. Die erforderliche Zustimmung der Behörden zur Veranstaltung eines öffentlichen Parteitages gilt für wahrscheinlich. Die Spaltung der Sozialdemokratie in zwei Parteien würde damit endgültig werden.

Von einem solchen Plan ist beim sozialdemokratischen Parteivorstand, wie uns dieser auf Anfrage ausdrücklich bestätigt, nicht das mindeste bekannt. Eine Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft wäre auch deswegen gegenstandslos, weil diese ja, wie ihr Ruf beweist, bereits zur Spaltung der Partei geschritten ist.

Ein Amtsrat als Bucherer.

Mit einem ungewöhnlichen Fall von Kriegswucher hatte sich die Königsberger Strafkammer zu beschäftigen. Als ein Vorkaufmann der Stadt Wilau bei dem Amtsrat Wieggers in Reuenborf Bruden kaufen wollte, forderte die Frau Wieggers für den Zentner sechs Mark. Sie wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der Höchstpreis 250 M. betrage, worauf die Patriotin erklärte: „Unter 6 M. verlaufe mein Mann keine Bruden und im Frühjahr wird der Preis noch höher sein!“ Später wurde auf Probe von Amtsrat Wieggers ein Zentner Bruden gekauft und es wurden sechs Mark bezahlt, worauf Anzeige wegen Wuchers erstattet wurde. Der Staatsanwalt beantragte 5000 M. Geldstrafe, er nannte das Verhalten des Amtsrats als unpatriotisch; es zeuge von Habguth. Die Strafkammer schloß sich dem an und erkannte auf 3000 M. Strafe.

Das Vaterland in Gefahr.

In der angeblichen Zurückziehung der Gelben bei der Besetzung der auf Grund des Hilfsdienstgesetzes errichteten Ausschüsse erblicken „Deutsche Tageszeitung“ und „Berl. Neuzeit Nachrichten“ einen Bruch des Burgfriedens. Namentlich letztgenanntes Blatt unternimmt es, die „hohen Verdienste“ der nationalen Arbeiter hervorzuheben und behauptet, es würde gegen politische und nationale Vernunft verstoßen, wie auch gegen die Pflicht des Kriegsamtis zur Unbefangtheit, wenn den Gelben nicht die gleichen Rechte eingeräumt würden wie den Mitgliedern der Gewerkschaften. Außerdem haben die Gelben am Sonnabend in Berlin eine Tagung abgehalten, zu der sie sich als Referenten den Vostor Richter aus Königs- walde in Sachen kommen ließen. Der Verbandssekretär der Gelben, Dr. Rathausohn, forderte eine Vertretung der Arbeiter in den Hilfsdienstauschüssen, um die — „Arbeiterinteressen“ wahrnehmen zu können.

Seine Begnadigung wegen Wuchers. An die Justizbehörden der Bundesstaaten gelangen zahlreiche Gesuche von Personen, die wegen Wuchers rechtskräftig verurteilt worden sind, um Erweisung des Straflassos oder der Umwandlung von Freiheitsstrafen in Geldstrafen im Wege eines Gnadenaktes. Diese Gesuche werden, wie die „Kreuzg.“ meldet, von allen Justizbehörden ausnahmslos abgelehnt, da bei Verurteilungen wegen Wuchers Begnadigungen grundsätzlich nicht erfolgen. — Das fehlte noch, daß man diese Leute auch noch begnadigt!

Ruhm den Toten — wehe den Lebenden!

Bisher war nur das telegraphisch gemeldete Ergebnis bekannt — die Ablehnung des im ungarischen Abgeordnetenhause gestellten Antrags auf Verleihung des Wahlrechts an alle Frontkämpfer. Den ausführlicheren Bericht der österreichischen Presse ist zu entnehmen, daß jener Antrag als Jug- sag zu dem Gesetzesentwurf auf Verewigung des Andenkens der Gefallenen — Artikel I rühmendes Gedenten, Artikel II Denkmäler der Gemeinden — gestellt war. Die Oppositionsredner forderten, daß man über der Ehre der Gefallenen nicht die Pflicht gegen die Ueberlebenden vergesse, damit es nicht heiße: „Ruhm den Toten — wehe den Lebenden!“ Ministerpräsident Graf Tisza antwortete unter anderm, man solle sich inmitten der großen seelischen Spannung des Krieges selbst durch die ebelsten Gefühle nicht hinreißen lassen; das allgemeine Wahlrecht würde den nationalen Charakter Ungarns gefährden usw. Tisza sagte sogar, ein Kind, das seinen Kameraden aus Wasserretot rette, zeige doch auch Heldennut — aber sei es deshalb reif für das Wahlrecht? Die Kinder Ungarns werden ihren Vater Tisza nicht recht verstehen. . . . Bei der Abstimmung fanden sich nur 122 Regierungsgleute (gegen 75 Oppositionelle) bereit, den Antrag abzulehnen. Ein gewaltiger Teil der Mehrheit ließ Tisza im Stich.

Zur selben Angelegenheit meldet noch ein Telegramm aus Budapest vom 12. Februar:

Die Frage der Reform des ungarischen Wahlrechts ist nunmehr in den Vordergrund getreten. Trozdem der Antrag des katholischen Volksparteilers Stephan Kallós, daß alle Kriegsteilnehmer das Wahlrecht erhalten sollen, abgelehnt wurde, läßt die Opposition die Wahlrechtsfrage nicht zur Ruhe kommen. Im Abgeordnetenhause sagte Graf Theodor Batthyany von der Karoli-Partei, es sei eine Unmöglichkeit, daß Graf Tisza, der Träger des Karlsruhkreuzes sei, die Konstitution aus den Hallen des Abgeordnetenhause verreiben wolle. Der oppositionelle Abgeordnete Stephan Szabo forderte, daß alle diejenigen, die gut genug waren, ihr Leben für das Vaterland in die Schanze zu schlagen, das Wahlrecht erhalten müßten. Auch der konservativ gefärbte Gg-Ackerbauminister Baron Serenyi erklärte sich für die Ausdehnung des Stimmrechts, zumindest müßte die soziale Lage der Krieger gesichert werden.

Die Berliner Gewerkschaften und die Lebensmittelversorgung.

Der Ausdau der Gewerkschaftskommission hat bei den zuständigen Behörden Schritte getan, um eine allgemeine Erhöhung der Lebensmittelrationen für die gesamte Bevölkerung zu erreichen. Die Vetreibung dieser Angelegenheit wurde in die Hände einer Kommission gelegt, die aus den Genossen Glöck, Körten und Siering besteht. Diese Kommission wählte kürzlich einer Sitzung bei, an der der Reichskanzler, der Präsident des Kriegsernährungsamts sowie andere Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden und die Oberbürgermeister von Berlin und den Vororten teilnahmen. Ueber den Verlauf dieser Sitzung wurde gestern abend in einer Versammlung der Gewerkschaftskommission Bericht erstattet. Die Vertreter der Gewerkschaften haben in der Sitzung mit den Behörden ihre Forderung damit begründet, daß bei den jetzt gemährten Rationen große Schichten der großstädtischen Arbeiterschaft eine zu knappe Ernährung hätten.

Die Vertreter der Behörden erkannten an, daß sich die großstädtische Bevölkerung tatsächlich in einer Notlage befindet und gaben die Versicherung ab, Abhilfe zu schaffen, soweit dies möglich sei. Den Vertretern der Gewerkschaften wurde die Zusicherung gegeben, daß für die nächsten drei Wochen je 100 Gramm Fleisch pro Kopf mehr als bisher gegeben werden sollen. Inzwischen würde der Bestand an Kartoffeln festgestellt sein. Hoffentlich wird es sich ermöglichen lassen, die Kartoffelration vom 1. März ab wieder auf 7 Pfund pro Kopf und Woche zu erhöhen und dadurch die von den Gewerkschaftsvertretern aufgestellten Mindestforderungen zu erfüllen. So werde man über die schwierige Zeit hinwegkommen.

Die getrige Versammlung nahm den Bericht der Kommission entgegen. An der Diskussion beteiligten sich u. a. Vorstandsmitglieder der größeren Gewerkschaften, die zum Ausdruck brachten, daß die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse die große Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft begreiflich machen. Man hoffe deshalb, daß die gegebenen Versprechungen erfüllt würden.

Letzte Nachrichten.

Sie telegraphieren sich Mut.

Berlin, 12. Februar. Der britische Jurtspruch Carnarvon vom 12. Februar 1917 bringt eine Meldung der „Sunday Times“, die sagt: „Deutschland hat eine volle Woche lang Angst gekauert, seine U-Boote haben jedes Schiff versenkt, das ein Ziel für seine Torpedos hat; wir können jetzt sicherlich die Möglichkeit des Erfolges seines verzwelfelten Spieles einsehen. Es braucht keine Zusucht nicht dazu zu nehmen, um uns zu überzeugen, daß die neue Politik jetzt schon ein gewisser Beschlag ist. Es muß daran erinnert werden, daß, als zuerst die Vokalerei begann, sie nur in den ersten Tagen erfolgreich war; sie verminderte sich aber, als in den folgenden Tagen die Abwehrmaßregeln besser wurden.“

Kotiz des R. Z. B.: Die englische Presse täte gut daran, in bezug auf die Erfolge des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht den Propheten zu spielen. Die jetzt bereits vorliegenden Ziffern über versenkte Tonnage und die gewaltige Störung des ganzen Schiffsverkehrs innerhalb des Sperrgebietes reden eine deutliche Sprache, als die Worte der „Sunday Times“, hinter denen sich eine gewisse Angst nur schlecht verbirgt. Wenn übrigens in früheren Phasen des Seekrieges die Erfolge der U-Boote nach einem gewissen Zeitabschnitt nachließen, so ist aller Welt bekannt, auf welche Hemmungen dies zurückzuführen war. Hemmungen, die aber heute nicht mehr bestehen und zu der besten Hoffnung berechtigen, daß auch die „Sunday Times“ bald umlernen und die Befolgung der „Morning Post“ antizipieren werden, die soeben erst eine lässliche Jeremiade über die ebenuell katastrophalen Folgen des U-Boot-Krieges herüberbrachten ließ.

Neue Versenkung.

London, 12. Februar. Nichts meldet, daß der englische Dampfer Kestrel (4227 Br. Reg.-Tonnen) versenkt wurde.

Gewerkschaftliches.

Ein Ruf nach dem Dienstbuch mit dem Bilde.

Die Unterstellung der Dienstboten oder Hausangestellten unter die Besindeordnung wird von allen verständigen Leuten als ein abänderungsbedürftiger Rechtszustand betrachtet. Und von den Arbeitervertretern wird seit Jahren in den Parlamenten der Kampf für Veseitigung dieser Ausnahmestellung der Dienstboten geführt. Jetzt wird vielfach die Erwartung gehegt, daß nach der Kriegszeit, die mit manchen Vorurteilen ausgeräumt hat, die Besindeordnungen verschwinden und die Hausangestellten unter dasselbe gewerkschaftliche Recht gestellt werden, unter dem die gewerkschaftlichen Arbeiterinnen leben. Das Dienstbuch muß — namentlich für großjährige Personen — als eine völlig unnötige Kontroll-einrichtung angesehen werden, zumal auch die Eintragungen mancher Dienstherrn bei der Lösung des Dienstverhältnisses Anlaß zu polizeilichen und gerichtlichen Streitverfahren geben. Während so für viele die Zeit nicht mehr fern erschien, in der die Besindeordnungen gänzlich verschwinden sollten, behauptet jetzt jemand, die Kriegszeit habe ihm insbesondere eine Verschärfung der Kontrolle für die Dienstboten gelehrt. „In der „National-Zeitung“ hat ein Dr. Robert Heindl-Dresden mit viel unnötigem Fleiß eine Anzahl kriminalistische Fälle von Dienstboten zu einem Artikel zusammengetragen und diesen mit der sensationellen Ueberschrift versehen: „Wie schützt man sich vor verbrecherischen Dienstboten?“ um als Quintessenz seiner langen Untersuchungen zu verlangen, daß der Dienstherrschaft über die Vorstrafen der Dienstboten von der Polizei Auskunft erteilt werden solle, und daß jetzt im Kriege, da die Diebeswelt ihr goldenes Zeitalter lebt, mit Recht verlangt werden könne: ein Dienstbuch mit Photographie.

Was die Kriegszeit doch nicht alles für sonderbare Ränge gebiert! — Daß die Diebeswelt jetzt ihr goldenes Zeitalter lebt, mußten wir nicht. Die Kriminalstatistik im allgemeinen zeigt keine steigende Tendenz. Aus einer Handvoll kriminalistischer Fälle, in denen sich Dienstboten gegen Eigentum und Leben der Herrschaften vergangen haben, allgemeine Schlüsse zu ziehen, ist nicht erlaubt. Daß es unter den Dienstboten auch Verbrechernaturen gibt, dazu bedurfte es nicht erst der Beweisführung dieses Herrn Doktor; solche Veranlagungen soll es bei Personen aller Stände geben. Warum fordert Herr Dr. Heindl nicht auch für andere Stände, bei denen sich in einer Reihe von Fällen Eigentumsvergehen leicht nachweisen lassen, Legitimationen mit Photographie? Herr Dr. Heindl dürfte mit seinem Vorschlag kein Glück haben. Er hätte sich seine kriminalistische Arbeit ruhig sparen können. Wer den Dienstbotenberuf ernsthaft heben will, muß zur Forderung der Abschaffung der Dienstbücher kommen.

Deutsches Reich.

Für den frühen Bureauaufstieg ist der Verband der Bureauangestellten (Zy Berlin O 27) bei der Reichsregierung eingetreten. Durch eine Bundesratsverordnung soll bestimmt werden, daß alle Bureau, namentlich die der Reichsanwaltschaft und Notare, eine Stunde vor dem örtlichen Ladenschluß, mindestens um 6 Uhr abends zu schließen sind, ohne daß die tägliche Arbeitszeit acht Stunden überschreitet. Der Verband weist auf die schwierigen Verhältnisse hin, die sich immer häufiger herausbilden, wenn den Bureauangestellten, besonders den alleinlebenden Angestellten und den sehr zahlreichen erwerbsfähigen Frauen, nicht mehr Zeit und Gelegenheit bleibt, für sich und ihre Familie die notwendigen Einkäufe und Besorgungen zu erledigen; auch auf die damit verbundene Ersparnis an Heizmaterial und Beleuchtungsmittel wird hingewiesen.

Berlin und Umgegend.

Erhöhung der Kriegsunterstützung für die Familien städtischer Arbeiter in Berlin.

Die Familien der im Felde stehenden städtischen Arbeiter Berlins erhalten zur allgemeinen Kriegsunterstützung, die Reich und Gemeinde zahlen, einen Lohnzuschuß. Der Gesamtbeitrag an Kriegsunterstützung und Lohnzuschuß ist für die Frau auf 50 Proz. und für jedes Kind unter 16 Jahren auf je 5 Proz., insgesamt aber nicht mehr als 75 Proz. des Arbeitslohnes bemessen, den der im Felde stehende Ernährer bezogen hat. Je höher nun die allgemeine Kriegsunterstützung liegt, um so niedriger wurde natürlich der Lohnzuschuß, den die Stadt zu leisten hatte, um die 50 beziehungsweise 75 Proz. des Lohnes zu erreichen. Eine Milderung fand indessen dadurch statt, daß die bisher von der Stadt an die in Arbeit stehenden städtischen Arbeiter bewilligten allgemeinen Steuerzuschüsse zum Familienlohn mit hinzugerechnet wurden, wodurch auch die Gesamtunterstützung der Familien eine entsprechende Erhöhung erfuhr. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte auch anlässlich der letzten, am 1. Dezember v. J. erfolgten allgemeinen Steuerzuschüsse an den Magistrat die Erhöhung der Kriegsunterstützung der städtischen Arbeiter diese Steuerzuschüsse, analog den früheren, sowohl wie die Erhöhung der Reichsunterstützung zu gewähren.

Der Magistrat hat, wie wir erfahren, diesen Antrag nur zum Teil, und zwar insofern berücksichtigt, daß den Familien nur die erhöhte Reichsunterstützung zugute kommt. Sie bekommen die volle Erhöhung aber auch dann ausgezahlt, wenn dadurch die Gesamtunterstützung den Betrag von 50 bzw. 75 Proz. des Lohnes einschließlich der früheren Steuerzuschüsse übersteigt. Die Familien haben demnach für die Frau 5 M. und für jedes Kind unter 16 Jahren 250 M. pro Monat ab 1. November nachgezahlt zu erhalten. Besonders bedürftigen (namentlich kinderreichen) Familien kann auch eine Kriegszuschüsse gewährt werden. Von dieser waren die Familien städtischer Arbeiter bisher ausgeschlossen.

Die Einseher zur Festlegung eines Mindeststundenlohns.

Nach den zentralen Verhandlungen in der Holzindustrie soll in den Städten, in denen ein Mindestlohn noch nicht festgelegt ist, die Festlegung eines solchen nachgeholt werden. In den Städten schiedt Berlin. In den Verhandlungen wurde ausgesprochen, daß für Berlin ein Mindeststundenlohn von 90 Pf. einschließlich der Steuerzuschüsse in Aussicht zu nehmen wäre. Vor einiger Zeit hat sich nun die Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes mit der Frage befaßt.

Eine Branchenversammlung der Einseher, die am Sonntag stattfand, beschäftigte sich mit der Angelegenheit.

Der Branchenobmann betonte in seinem einleitenden Referat, daß für die Einseher ein Mindestlohn von 90 Pf., noch dazu einschließlich der Steuerzuschüsse, äußerst gering sei. In Betracht zu ziehen wäre, daß die Mehrzahl der Berliner Einseher schon vor dem Kriege nicht unter 90 Pf. gearbeitet hätten. Nun werde allerdings geogt, ein Mindestlohn sei der Lohn, der beim Eintritt in ein Arbeitsverhältnis mindestens gezahlt werden müsse. Es wäre aber zu beachten, daß bei einer etwaigen späteren Aenderung der Preisverhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt die Unternehmer bekommen könnten und die Steuerzuschüsse von dem Mindestlohn abrechnen. Das würde ein Rückschritt sein gegenüber den Lohnverhältnissen vor dem Kriege, wenn für die Einseher ein Mindestlohn von 90 Pf. einschließlich der Steuerzuschüsse festgelegt werden würde. — Zur Erörterung der Frage und der Festlegung eines Vorschlags für die mit den Unternehmern bevorstehenden Ver-

handlungen hat die Branchenkommission die Branchenversammlung einberufen.

Alle Redner sprachen sich in der Diskussion für Festlegung eines höheren Mindestlohns der Einseher aus, bei dem die Steuerzuschüsse nicht einzuschließen sei.

Einstimmig wurde beschlossen, daß bei den Verhandlungen mit den Unternehmern ein Mindeststundenlohn von 1,10 M. ohne jede Einschränkung für die Einseher zu fordern sei.

Gesundheitszeugnisse vor der Eheschließung.

Auf Einladung einer Anzahl medizinischer, sozialpolitischer und sozialhygienischer Vereine fand am 6. d. M. in der Landwirtschaftlichen Hochschule eine Aussprache über die Frage des Austausches von Gesundheitszeugnissen vor der Eheschließung statt.

Ausgehend von der in den letzten Jahren vor dem Krieg allgemein beobachteten Tatsache des Geburtenrückgangs und von den ungeheuren Blutziffern des Krieges, betonte der einleitende Redner, Stabsarzt Dr. Christian von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, daß eine Erhöhung der Geburtenzahl durch Verbesserung der Auslese dringend zu erstreben und für diese Aufgabe die Mithilfe des zahnärztlichen Standes notwendig sei. Nach einem Hinweis auf die jüngere nordamerikanische und schwedische Eheschließung dieser Art, legte der Vortragende seine eigenen Vorschläge dar; er empfiehlt einen Zusatz zum Personenstandsgesetz, wonach jeder Eheverweber vor der Eheschließung ein amtliches Gesundheitszeugnis beibringen habe, das dem anderen Teil vorzulegen und dann mit einem Vermerk über dessen Kenntnisnahme zurückzugeben sei, im übrigen aber jeder die volle Freiheit der Eheschließung behalte; das Gesundheitszeugnis solle im einzelnen darüber Auskunft geben, ob körperliche Fehler, Anzeichen von Geistes- oder Verstandesstörungen, von Vergiftungen (Alkohol, Blei, Morphin) oder von übertragbaren Krankheiten, besonders Geschlechtskrankheiten vorliegen, die die Erzeugung einer gesunden Nachkommenschaft unmöglich oder unvorteilhaft machen, und ob daher von der Ehe abzuraten sei. Von solchen, vorerst kein Eheverbot darstellenden Gesundheitszeugnissen erwartet der Vortragende unmittelbar eine Zurückdrängung der Fortpflanzung minderwertiger, mittelbar die Aufklärung der weit-

erweitert über die Gebote der Rassenhygiene und die Schaffung einer Grundlage für weitreichende Maßregeln. Bei der Abwägung des Für und Wider dieser Vorschläge war der Redner recht glücklich in der Polemik gegen diejenigen seiner Gegner, die wegen der zu erwartenden Geburtenminderung solche Maßnahmen bekämpfen. Weniger überzeugend klangen seine Ausführungen gegenüber denen, die nicht eine Geburtenminderung, wohl aber in Zusammenhang mit der alsdann noch zu erwartenden Ausbreitung des unehelichen Geschlechtsverkehrs, eine wachsende Zahl der unehelichen Kinder und damit sogar eine Qualitätsverschlechterung befürchten und schließlich auch die Unzulänglichkeit der ärztlichen Untersuchung für ihre abschneidende Ansicht anführten. Diese Punkte wurden denn auch in der auf das Referat folgenden Aussprache von den Rednern und Rednerinnen, die nur zum Teil den Vorschlägen des Referenten beistimmen, betont. Besonders Professor Blaschko, als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, wies für ein Spezialfach darauf hin, daß ein Zeugnis nur auf Grund ganz eingehender Untersuchung Wert habe, daß im übrigen aber nach dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft selbst die genaueste Untersuchung meist nur negativ das Fehlen von Krankheitsmerkmalen zur Zeit der Untersuchung beweise, aber nicht positiv den Nachweis der Gesundheit erbringen könne. Auch wies er an der Hand der Statistik auf den engen Zusammenhang der vorliegenden Frage mit den Problemen des unehelichen Geschlechtsverkehrs hin und betonte, daß nach seiner Ansicht, der auch Frau Schneider von der Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht und Kräulein Dr. Stöcker von Bund für Mütterrecht beistimmen, die Auffklärung aller Kreise über die Bedeutung der Gesundheit als Voraussetzung der Eheschließung und Fortpflanzung an erster Stelle stehe.

Die Einführung von Gesundheitszeugnissen dürfte in der Tat eine sehr zweifelhafte Waffe im Kampf gegen die Verschlechterung der Rasse sein. Viel wichtiger dürfte es sein, wie Blaschko hervorhob, das allgemeine Verständnis für die Bedeutung der Gesundheit in der Ehe zu wecken. Wird dieser Gedanke durch Schule, Fortbildungsschule und die freiwillige Volkshilfsarbeit unabhänglich in die Gemüter der Jugend und damit der künftigen Eltern eingepflanzt und so allmählich Allgemeingut des ganzen Volkes, dann wird das Gesundheitszeugnis mit der Zeit ein Bestandteil der sozialen Moral, eine selbstverständliche Voraussetzung jeder Eheschließung werden; zugleich aber wird auch das Erfordernis der Gesundheit ein bedeutungsvoller Faktor im freien Geschlechtsverkehr werden und das Gefühl für die eigene sittliche Verantwortlichkeit gegenüber dem anderen Teil und dem künftigen Geschlecht fröhlicher. Immerhin ist es erfreulich — und das betonten auch die vorerwähnten Redner des Abends —, wenn durch jene Aussprache die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das überaus wichtige Thema der Gesundheit der Ehe gelenkt und so der Boden für weitere Erörterungen dieser Frage geebnet worden ist.

Aus Industrie und Handel.

Eine Ursache der Kohlenknappheit.

Aus Oberösterreich wird uns geschrieben: Der Wagnermangel und die Verkehrsbeschränkung in der Binnenschifffahrt, sowie die Steigerung des Kohlenbedarfs in der Rüstungsindustrie und dem Heere geben nur eine teilweise Erklärung zu der empfindlichen Kohlenknappheit. Eine wesentliche Ursache ist vielmehr auch, daß die Kohlenabfuhr und -verteilung nicht schon bei den Gruben geregelt und überwacht wird. Im oberösterreichischen Steinkohlenrevier ist die Hausbrandkohle zu einem Spekulationsobjekt geworden. „Hier haben sich während des Krieges eine Anzahl Händler und Agenten niedergelassen, die bei den anfänglichen Grozhändlern jeden Preis zahlen, selbst 30 bis 35 M. für die Tonne! Sie liefern nach Oesterreich-Ungarn. Welchen Preis mögen sie nun erst von ihren Volksgenossen verlangen? Diese Händler sind in kurzer Zeit sehr vermögend geworden. Ihnen gegenüber müssen heimische Händler zurückstehen, weil sie den unerhörten Preis nicht zahlen können. Sind ihre Aufträge in Bestellung gegeben, belagern sie die Grozhandlungen, damit die Kohlen nur schnell in Rollen kommen. Deduzenzen werden bemerkt, um den Anschein zu erwecken, als lieferten sie an viele Personen, und in Wirklichkeit gehen die Lieferungen immer an dieselben Personen. Dem muß ein Ende bereitet werden, denn dadurch wird die Kohlenknappheit gesteigert und der Käufer begünstigt. Der Versand muß an den Quellen überwacht und gerecht verteilt werden. Das liegt durchaus im Interesse aller, denn die Bevölkerung der Verbündeten muß durch dieses Händlergebetzen einen unerhörten Preis zahlen und unsere heimischen Verbraucher werden benachteiligt. Hier ist baldige Abhilfe dringend nötig.“

Ein glänzender Abschluß.

Die Rheinische Metall- und Maschinenfabrik in Düsseldorf, die durch Gerhard zu einem der berühmtesten Unternehmen der deutschen Rüstungsindustrie gemacht worden und nach langen mageren Jahren glänzend ins Revidieren gekommen ist, verteilt auf die Vorgangsjahre 20 Prozent (im Vorjahre 13 Prozent) und auf die Stammaktien 18 Prozent (im Vorjahre 11 Prozent) Dividende und beladert außerdem den Aktionären einen Bonus (besondere Gewinnausschüttung) von 100 M. auf

die Aktie. Der Gewinn ist scheinbar von 88 Millionen Mark auf 8,8 Millionen Mark zurückgegangen. Aber der Rückgang ist nur scheinbar, weil im Vorjahre 8,8 Millionen Mark von dem Kriegsgewinn für Kriegsteuer abgezogen worden sind, während in diesem Jahre der für die Kriegsteuer entfallende Betrag überhaupt nicht mitgezählt wird. Für die Umstellung der Betriebe auf die Friedensfertigkeit werden 10 Millionen Mark (im Vorjahre 6) referiert. Die Abschreibungen sind von 8,15 Millionen Mark auf 7,82 Millionen Mark erhöht worden.

Soziales.

Invalidentrente nach Betriebsunfällen.

Wird ein Arbeiter lediglich durch einen Betriebsunfall mehr als 60% erwerbsbeeinträchtigt, dann erlischt damit grundsätzlich das Recht, neben der Unfallrente auch die Invalidentrente zu beziehen. Diese ist vielmehr zu zahlen, bis die Unfallrente feigelegt ist. Steht sich dann heraus, daß die Unfallrente höher ist als die Invalidentrente, was zumeist der Fall sein wird, dann ruht die Invalidentrente. Ist diese aber höher als die Unfallrente, dann kommt der die Unfallrente übersteigende Teil der Invalidentrente auch zur Auszahlung. Ist die Invalidentrente für eine Zeit gezahlt worden, für die der Arbeiter einen Anspruch auf Unfallrente hatte, so kann die Versicherungsanstalt als Erlös der Unfallrente beanspruchen. Dies gilt auch bei Heilanstaltspflege, die der Träger der Unfallversicherung gewährt. Nach dem Gesetz haben diese Träger das Recht, an Stelle der Krankenkassen, denen die Leistungen während der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall obliegt, die Heilbehandlung zu übernehmen. Sie können dann auch Heilanstaltspflege anordnen.

Während der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall besteht kein Anspruch auf Unfallrente. Ist der Arbeiter durch den Unfall Invalide geworden, hat er während dieser Zeit stets vollen Anspruch auf Invalidentrente. Dieser wird, wie das Reichversicherungsamt entschieden hat, auch nicht dadurch befristet, daß die Berufsgenossenschaft anstelle der Krankenkasse während der ersten dreizehn Wochen eine Heilanstaltspflege angeordnet hat. Diese Fürsorge für den Verletzten seitens der Berufsgenossenschaft während der ersten dreizehn Wochen unterliegt einmal ihrem freien Ermessen und sie ist nicht ferner nicht ein Anerkenntnis ihrer Entschuldigungsverpflichtung in sich. Auch kann die Berufsgenossenschaft für diese freiwillige Leistung nach Absatz 2 des § 1513 Abs. 2 der R.V.O. Ertrag ihrer Aufwendungen von der Krankenkasse beanspruchen.“ Während der ersten dreizehn Wochen ist also bei Unfällen, die die Invalidentrenten zur Folge haben, stets die volle Invalidentrente zu zahlen.

Unterstützung kriegsgetrauer Ehefrauen.

In bezug auf die Unterstützung kriegsgetrauer Ehefrauen ist neuerdings ein bemerkenswerter Erfolg des Regierungspräsidenten in Potsdam ergangen. Die Unterstützungskommission eines Berliner Vororts hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß nach § 3 der Verordnung vom 21. Januar 1916 ein Anspruch auf Kriegsamilienunterstützung in der Regel nicht besteht, wenn trotz der Ererbung des Heerespflichtigen seine Familie am Einkommen leinen Ausfall erleidet, und daß dies in der Regel bei kriegsgetrauten Ehefrauen (z. B. Dienstmädchen) zutrifft, wenn sie nach der Eheschließung in ihrer bisherigen Stellung verbleiben und ein auskömmliches Einkommen haben, ebenso auf diejenigen Ehefrauen, die nach der Eheschließung im elterlichen Haushalt bleiben und denen die Eltern ihren Unterhalt gewähren. Aus diesem Grunde hatte die Kommission eine laufende Kriegsunterstützung abgelehnt und der Ehefrau nur aus Anlaß einer Reise zu ihrem verwundeten Ehemann in Form einer einmaligen Unterstützung den Reichsdollar und den städtischen Zuschuß auf einen Monat gewährt. Auf die Weisung der Antragstellerin wegen Ablehnung der laufenden Unterstützung hat der Regierungspräsident entschieden, daß er keine Veranlassung habe, den ablehnenden Beschluß der Versicherungsbehörde im Einkaufsstückwege zu beenden, da durch die Eheschließung keine Veränderung in den Einkommensverhältnissen eingetreten ist.

Berichtszeitung.

Eisenbahnüberraubungen. Auf dem Dresdener Friedrichsbadler Güterbahnhof hatten zehn Eisenbahnarbeiter — Wagnerräder — eine gut organisierte Diebesgesellschaft weds Verübung der Gütertransportwagen gebildet. Sie erschloßen die bereits mit Verschlussschlössern versehenen Wagen, öffneten die Verbandstüren und eigneten sich große Vorräte an Fleischwaren, Konjerven, Eiern, Spirituosen usw. an. Dann wurden die Güterwagen wieder mit neuen Verschlussschlössern versehen und in die Züge eingereiht. Erst auf der Empfangsstation wurde die Verübung festgestellt. Das Haupt der Diebesbande war der Wagnerräder Johann P. aus Pommitz. Er trug bei Ausführung der Raubzüge einen Revolver, um vor Ueberraschungen geschützt zu sein, und leitete auch die Verteilung der raubten Beute, die zunächst bei zwei anderen Wagnerrädern untergebracht wurde. Auf diese lenkte sich der erste Verdacht, und bei einer Hausdurchsuchung wurden große Vorräte aller Art vorgefunden. Vor Gericht legen die Diebe ein umfassendes Geständnis ab und führten zu ihrer Entschuldigung die schlechte Entlohnung seitens der Eisenbahnverwaltung an. Der Tagesverdienst stellte sich ohne Ueberstunden auf 3,50 M., außerdem erhielten sie eine Steuerzuschüsse von monatlich 21 M. Das Urteil lautete gegen P. auf 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus; insgesamt wurde auf 10 Jahre 3 Monate Zuchthaus und 2 Jahre 10 Monate Gefängnis erkannt.

Flugblattprozeß vor dem Reichsgericht.

Wegen Verbreitung eines Flugblattes mit dem Titel „Zweieinhalb Jahre Zuchthaus“, in dem zu Nichtrechts Beurteilung Stellung genommen wurde, fanden die Genossen Redakteur Viktor Hoffmann, Buchdrucker Koch, Metallarbeiter Müller und Drogerist Dattan nach etwa siebenmonatiger Untersuchungshaft in der vorigen Woche vor dem Reichsgericht unter der Anklage des verbotenen Landesserrats. Die Verhandlung war nichtöffentlich, auch die Presse war ausgeschlossen.

Das Reichsgericht beurteilte Dattan, Koch und Müller zu je 6 Monaten Gefängnis, auf die 3 Monate Untersuchungshaft angerechnet wurden, und Hoffmann zu 3 Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt gelten. Verhaftet ist außer den vom Reichsgericht Aburteilten wegen derselben Sache auch der Genosse Kaufmann Löwenstein, der sich zur Zeit der Tat auf Urlaub befand und als Soldat vom Kriegsgericht abgeurteilt wird. (2)

Wegen Aufreizung und Ungehorsam gegen die Befehle, bezangen durch Verbreitung von Druckdrifen, sind vom Landgericht Leipzig am 30. Oktober vorigen Jahres eine Anzahl Personen (Wiegler und Genossen) verurteilt worden. Ueber die von A. und zwei Mitangeklagten eingelegte Revision wurde Freitag unter Ausschluß der Öffentlichkeit vom Reichsgericht verhandelt. Das Rechtsmittel wurde als unbegründet verworfen. (2)

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Feinwolkig heiter, jedoch vorwiegend trübe oder neblig, bei wenig veränderten Temperaturen, keine erheblichen Niederschläge.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Landeshof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reichshof; für Inserate: Ed. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: Schwedts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

An die Parteigenossen und Reichstagswähler von Spandau-Osthavelland!

Die Eröffnung der Reichstagswahl zum Reichstage ist auf den 14. März dieses Jahres festgelegt.

Die Auslegung der Wählerlisten erfolgt in der Zeit vom Montag, den 12. Februar, bis einschließlich Montag, den 19. Februar.

Der Magistrat in Spandau gibt hierzu noch folgendes bekannt: Die aufgestellten Wählerlisten liegen vom 12. bis einschließlich 19. Februar 1917 in den Sonntagen während der Dienststunden von 8 bis 1 Uhr und 8 bis 6 Uhr (Sonntags von 8 bis 2 Uhr), und am Sonntag, den 18. d. Mts. von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags zu jedermanns Einsicht öffentlich aus:

- a) für den Stadtteil Siemensstadt mit Sternfeld und Pankkern im Magistratsbureau Kommandamm-Allee 95/96;
b) für den Stadtteil Havelhorst mit Salzberg und Neue Pulverfabrik im Magistratsbureau, Gartenfelder Straße 86;
c) für alle übrigen Stadtteile im Rathaus, Zimmer 254 (1. Etz.).

Erinnerungen gegen die Richtigkeit der Listen sind bis einschließlich den 19. Februar d. J. unter gleichzeitiger Beibringung der erforderlichen Beweismittel entweder schriftlich oder mündlich zu Protokoll bei uns anzubringen.

Gleichzeitig machen wir noch darauf aufmerksam, daß jedermann bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe nur in einem Wahlbezirk, und bei der Haupt- und Stichwahl nur in dem gleichen Wahlbezirk wählen kann.

Für die übrigen Orte des Kreises liegen die Listen in den jeweiligen Gemeindebüros zur Einsichtnahme aus. Parteigenossen, Reichstagswähler!

Wir fordern Euch dringend auf, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen. Durch die Kürze der Zeit bei Aufstellung der Listen sowie die besonderen Umstände, unter denen sich die Wahl vollzieht, ist es wahrscheinlich, daß eine große Anzahl Reichstagswähler in den Listen nicht aufgenommen sind.

Für diejenigen Parteifreunde, die auf Grund ihres Arbeitsverhältnisses nicht in der Lage sind, über die notwendige freie Zeit zu verfügen, haben sich nachstehende Genossen bereit erklärt, die Einsichtnahme vorzunehmen:

- Wilhelm Pieper, Rigorandenhandlung, Pichelsdorfer Str. 11.
Emil Stahl, Marchallsstr. 10 III.
Expedition „Vorwärts“, Breite Str. 64.

Sie bitten aber die Genossen, ihren Steuerzettel bei der Anmeldung als Beweismittel mitzubringen, damit die beauftragten Genossen im Fall einer Nichteintragung sofort Einspruch erheben können.

Wahlberechtigt ist jeder Reichsdeutsche, welcher das 25. Lebensjahr am Tage der Wahl überschritten hat. Das Wahlrecht wird dort ausgeübt, wo der Wahlberechtigte zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz hat.

Für Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine ruht die Berechtigung zum Wählen solange, als dieselben sich bei der Fahne befinden.

Parteigenossen! Nehmt die Wählerlisten noch, damit Ihr am 14. März euer Wahlrecht ausüben könnt!

Der Vorstand des Wahlkreises Spandau.

Die künftige Gemüseversorgung Deutschlands.

Ueber die vom Kriegsernährungsamt geplante Regelung der Gemüseversorgung wird uns geschrieben:

Deutschland war nie ein eigentliches Gemüseland. Die Einfuhr betrug in den Jahren 1910/13 im Durchschnitt 80 Mill. M., während der Gesamtwert der inländischen Produktion auf 300 Mill. M. geschätzt werden kann.

Während des Krieges aber ist die Gemüseimportmenge noch auf ein Drittel zurückgegangen. Jetzt soll mit allen Kräften für eine vermehrte Einfuhr gesorgt werden.

Besonders legen wir größten Wert auf das Frühgemüse. Wir haben einen umfangreichen Absatz getroffen, der uns täglich 500 Wagonladungen Frühgemüse sichert. Wir stehen einer ungeheuren Steigerung des inländischen Bedarfs gegenüber, der die 3-fache Friedenshöhe erreicht hat.

Wollen wir die inländische Produktion erhöhen, so muß der Anbauer die unbedingte Gewißheit haben, daß er das, was er produziert, zu lohnenden Preisen absetzt. Der Bedarf aber selber muß sich in gewohnter Weise eindenken können.

Wir haben vier Arten von Lieferungsverträgen entworfen: zwei beziehen sich auf das Herbstgemüse, zwei auf das Frühgemüse. Der Unterschied war notwendig, weil für das Herbstgemüse, das eine Dauerverware ist, ein einheitlicher Preis festgesetzt werden konnte. Das Frühgemüse verträgt keine weiten Transporte und hat in den verschiedenen Gegenden verschiedene Preise.

Es ist vorgeschrieben, daß für jeden Geschäftsabschluss zwischen Kleinhandlender und Großhandlender und zwischen Großhandlender und Produzenten in Gemüse Schlusspreise festgesetzt werden. Ein jeder hat den Nachweis zu führen, von wem und zu welchen Preisen er Ware erstanden hat.

hier sind Mischstände vorhanden. So hat Berlin 14 000 Kleingemüsehändler. Wird das nach Berlin kommende Gemüse an diese 14 000 Händler abgegeben, so erhält jeder einzelne Händler so geringe Quanten, daß sie nur für seine eigene Familie, für seine Bekanntheit und Freundschaft ausreichen und der gewöhnliche Sterbliche unberührt bleibt.

Aus der Partei.

Die Schicksalsstunde der Partei.

Dresden, 12. Februar. (Fig. Ver.) Eine außerordentliche Landesversammlung der sächsischen sozialdemokratischen Partei, die heute in Dresden tagte, beschäftigte sich mit der Schicksalsfrage der Partei. Es waren an alle solche Kreisorganisationen vom Landesvorstand Einladungen ergangen, die sich nicht zu den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz vom 7. Januar bekannt hatten, doch waren alle Einladungen mit der Bemerkung versehen, daß zur Teilnahme solche Genossen nicht zugelassen werden könnten, die die Beschlüsse der Reichs-Sonderkonferenz als für sich bindend ansehen.

Ueber den 1. Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Lage in der Partei, wie sie durch die Beschlüsse der Oppositionskonferenz vom 7. Januar geschaffen worden ist“, referierte im Auftrage des Landesvorstandes Genosse Landtagsabgeordneter Siedermann. In der Debatte äußerten die Genossen Casan, Schmidt-Meißner, Jädel und Semler Bedenken gegen die von Siedermann vorgelegte Resolution und suchten zum Teil auch die Politik der Widerberet zu verteidigen.

Im Auftrage der Parteistimmen begründete nochmals Genosse Siedermann die Resolution, während Genosse Braun vom Parteivorstand die Notwendigkeit der Klärung nachdrücklich betonte. Schließlich stimmte die Landesversammlung mit 60 gegen 11 Stimmen der Resolution Siedermann zu, durch die die Beschlüsse der Reichs-Sonderkonferenz so lange als verbindend anerkannt werden, als keine Möglichkeit besteht, durch einen satzungsmäßig einberufenen Parteitag eine Beschlussfassung über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei herbeizuführen.

Im 6. sächsischen Reichstagswahlkreis Dresden-Land wurde in einer Vorstandssitzung mit 20 Stimmen beschlossen, daß drei Mitglieder, die auf Anfrage erklärt hatten, auf dem Boden der Beschlüsse der Oppositionskonferenz zu stehen, an den Verhandlungen des Vorstandes nicht mehr teilnehmen können.

Eine erweiterte Kreisvorstandssitzung im 8. sächsischen Reichstagswahlkreis Pirna stellte sich mit 40 gegen 3 Stimmen entschieden auf den Boden der Opposition. Weiter wurde mit 16 gegen 2 Stimmen beschlossen, am 11. Februar stattfindenden sächsischen Land-Konferenz sich nicht zu beteiligen.

Der Vorstand der Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei Nordwest, der angehörend Bremen, der 6., 17., 18. und 19. hannoversche Wahlkreis, wendet sich in einem von ihm einstimmig gefaßten Aufrufe an die Parteigenossen des Bezirks Nordwest.

Wir halten fest an den Zielen der Sozialdemokratie, wir geben unsere Grundzüge nicht auf, aber wir stehen an der Seite unseres Volkes in den Tagen der Not, bis endlich der Friede kommt. Der Gesamtpartei wahren wir die Treue.

Partei Arbeitsgemeinschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft löst nunmehr auch vor der Öffentlichkeit jede Maske fallen und schreitet zu der Tat, von der den Eingeweihten schon lange bekannt war, daß sie erfolgen würde: zur Gründung einer neuen Partei.

neuen Partei in die Wege leitet. Wir haben dieses Aufrufes schon in unserer gestrigen Nummer Erwähnung getan; es lohnt kaum, weiter auf ihn einzugehen.

Im Einverständnis mit einer großen Anzahl von Genossen aus allen Teilen Deutschlands richten wir deshalb an alle Organisationen und Parteigenossen, die gewillt sind, mit der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft organisatorisch zusammenzuwirken, die Aufforderung, sich an einer Oppositionskonferenz zu beteiligen, in der die erforderlichen Maßnahmen zum Zusammenbruch der Opposition zu treffen sind!

Nähere Mitteilungen über den Zusammentritt der Konferenz werden demnächst erfolgen, doch bitten wir, die organisatorischen Vorarbeiten dafür bis Mitte März zu beenden! Und nun frisch ans Werk! Kein Tag ist zu verlieren!

Unterzeichner ist der Aufruf vom Vorstand der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft des Reichstags, Goose, Lebebur, Voglschütz. Diese Unterschrift hat symbolischen Wert. Sie beweist, wie recht diejenigen halten, die bei der Spaltung der Partei noch sich ziehen werde.

Aus Groß-Berlin.

Die Wohnungsverhältnisse kinderreicher Familien.

Herr S. Kölschle, Berlin SW. 47, Richterfelder Str. 25, schreibt uns: Auf meine Anfrage bezüglich der Wohnungs-schwierigkeiten kinderreicher Familien erhielt ich unter anderem folgenden Brief: Mit viel Interesse habe ich Ihre Zeitungsmeldung betreffend Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien gelesen.

Es wäre sehr wertvoll für das Wohnungsproblem kinderreicher Familien, wenn ich von solchen noch weitere Zuschriften über den Tatbestand in dieser Sache erhalte. Es handelt sich um die Erkenntnis des Problems sowie um Abhilfe.

Die Bewirtschaftung getragener Kleidung.

Von der Reichsbekleidungsstelle wird uns geschrieben: Der Erwerb, die Verarbeitung und Veräußerung getragener Kleidungs- und Wäscheartikel und getragener Schuhwaren ist den Kommunalverbänden übertragen worden, während der Reichsbekleidungsstelle im allgemeinen nur ein Aufsichtsrat und das Recht vorbehalten ist, den dritten Teil der von den Kommunalverbänden erworbenen Gegenstände zum Ausgleich im Reichsgebiet zu erwerben.

Sozialdemokratischer Wahlverein Berlin II

Gemeinsame Sababende am morgigen Mittwoch, abends 8 Uhr: Für die I. und II. Abt. Besten bei Schneider, Winterfeldstr. 8 (Ede Rosenstraße). Für die III. und IV. Abt. Friedrichsbad, Lindenstr. 3, I. Hofparterre (links Juristische Spezialkurse).

Winterkälte und ihre Dauer.

Die so oft gehörte Meinung, es gebe in Deutschland seit langem keine strengen Winter mehr, und es komme nicht mehr zu so niedrigen Temperaturen, wie sie jedermann aus seiner Jugendzeit in der Erinnerung hat, hat sich in diesem Jahre wieder einmal als irrig erwiesen.

Es gibt also, wie jeder von uns am eigenen Leibe ausreichend verspürt hat, sehr wohl noch strenge Winter, die sich in Bezug auf die Größe des Frostes mit ihren grimmigsten Vorgängern messen können. Ist es doch während der letzten Wochen in manchen Gegenden Deutschlands kälter gewesen, als je zuvor seit einem halben Jahrhundert und länger.

Die Frage, woher es kommt, daß die atlantischen Tiefdruckwirbel in dem einen Jahre sehr zahlreich sind, um in einem anderen Jahre wieder wochenlang völlig auszubleiben, läßt sich nach dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft noch nicht einwandfrei beantworten.

der ionisierten Luft in Massen vorhandenen Elektronen bilden nach den Untersuchungen von Ester und Seltel ebenso wie Staubpartikeln Stenonisationskerne, um die sich Nebeltröpfchen oder Eiskristalle gruppieren — so ist es begreiflich, daß zugleich mit der Zunahme der Sonnenaktivität auch die Häufigkeit der Niederschläge auf der Erde anwächst.

Man befindet sich also gegenwärtig zwar in einer Periode sehr gesteigerter Sonnenaktivität, aber es ist bisher noch nicht möglich gewesen, deren unmittelbare Einwirkung auf das Klima verhältnismäßig eng begrenzter Gebiete, wie es z. B. Mitteleuropa darstellt, nachzuweisen.

Ob in der neuesten Zeit, wie so oft behauptet worden ist, kalte Winter überhaupt seltener geworden sind, läßt sich wohl erst nach einer Reihe von Jahren ermitteln; zweifellos haben wir gerade eine lange Reihe milder Winter hinter uns.

Volksbühne: „Weh dem, der lügt.“

Am 31. Januar waren hundert Jahre seit dem Hervortreten Franz Grillparzers als Dramatiker verstrichen. Einem Bühnenerstling: der Schicksalskomödie „Die Ahnfrau“ folgte eine Reihe von Trauerspielen, von denen einige den Rang des Klassischen erlangten.

Die jetzige Darstellung behauptet eine Sonderstufe. Entgegen der seitlichen Auffassung, die pietätvoll der schönen sprachlichen und gedanklichen Werte nachgeht, hält sich Ferdinand Gregori als Spielleiter an den Sünden Mangel.

Im übrigen anerkennt man gern das Verlangen der Mitwirkenden — voran Auguste Lankfordy (Edritza), Hermann Kühnig (Zeon), Artur Bergen (Katalas), Diegelmann (Kattwald), Jounings (Galante) und Ferdinand Gregori (Bischof) — an kräftiger, humorvoller Gestaltung.

Ein Technikum für deutsche Internierte in der Schweiz.

Die gastfreie Schweiz hat zu den mannigfachen Bildungsmöglichkeiten, die sie den dort internierten deutschen Anstaltsinsassen eröffnete, noch eine besonders dankbar zu begrüßende neue hinzugefügt. Die Zürcher Blätter melden, ist dort in diesen Tagen eine Technische Schule für deutsche Soldaten eröffnet worden.

Giftige Liebesbriefe.

Frühere englische Geschäftsteute kamen auf den — nicht neuen — Gedanken, den jetzt durch die Entfernung erheblich gesteigerten schriftlichen Verkehr der Liebenden durch ein „Abdruckverfahren“ nicht nur zu erleichtern, sondern auch zu verschönern.

Notizen.

— Bühnenschronik. Albert Wajermann scheidet Ende dieses Monats aus dem Kessing-Theater, dem er seit 1914 angehört. — Flandern und sein Volk. In dem am 10. und 17. Februar in der Rgl. Hochschule für Kunst stattfindenden Lichtbildervortrag wird der Deutsch-Niederländer Prof. Dr. Wirth über das Wesen des flämischen Volkes, seine Werte der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sprechen.

— Lady Blennerhassett (geb. Gräfin Leyden), eine Deutsche von Geburt, die nach England verheiratet, dort lange gelebt hat und im wahren Sinne des Wortes europäische Kultur verkörpert, ist 74 Jahre alt in München gestorben.

— Eine Nordische Friedenszeitschrift. Wie aus Stockholm gemeldet wird, beschließen Nord und seine Freunde, demnächst eine Zeitschrift „Post bellum“ („Nach dem Kriege“) herauszugeben, die ein Zentralorgan der Nordischen Friedensbestrebungen werden und außer auf Schwedisch, auch auf Deutsch, Englisch und Französisch erscheinen soll.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gajdula Sapozka.

Zagejew breitete die Hände vor Freude aus. „Was habt ihr denn bei Frumele gemacht?“ „Er hat gehört, wie Chasikil und Kozil miteinander verabredeten, daß sie zu Frumele hingingen, ich mußte ihn also auch dort hinführen.“

„Nicht herausgeben! Darüber rede ich mit Euch noch später!“ „Dann fand ich gestern bei Leinbram eine Person aus Bialystok ohne Paß.“ „Leinbram soll hierherkommen!“ „Er ist hier!“ „Ich will ihn sprechen.“

führte mich in die Schenke. Dann schleppte er mich auf den Ball, aber da war schon ein zweiter Genosse und sie haben mich verhaunt und mir das Geld abgenommen.“ Zagejew ließ ihn nicht weiterreden.

(Fortf. folgt.)

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
 7 1/2 Uhr: Figaros Hochzeit.
Kammerspiele.
 7 1/2 Uhr: Das Konzert.
Volksbühne. Theater am Bülowplatz.
 7 1/2 Uhr: Weh dem, der lügt!

Sessing-Theater.
 Direktion: Victor Barnowsky.
 7 1/2 Uhr: Charlotte Stieglitz.
 Mittwoch: Peer Gynt.
Deutsch. Künstler-Theater.
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:
 Der Reisebegleiter.

Theater für Dienstag, 13. Februar.
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
 7 Uhr: Tannhäuser.
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gedr. Herrfeld-Theater
 7 1/2 Uhr: Der doppelte Buchhalter.
Kleines Theater
 8 Uhr: Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung.
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Der Puzla-Kavaliere.
Lustspielhaus
 7 1/2 Uhr: Der selige Balduin
Metropol-Theater
 7 Uhr: Die Csardasfürstin.
Thalia-Theater.
 7 1/2 Uhr: Das Vagabundenmädlein.

Büsch
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Die neue
 Kissen-Pracht-Wasser-Pantomime
Die versunkene Stadt
 in 1 Vorspiel und 4 Akten
 nach der Vinta-Legende
 frei bearbeitet und inszeniert
 von **Paula Busch.**
 Besonders hervorzuheben:
 Untergang der Stadt Vinta,
 im Reiche der Wassergötter,
 Das Nixenballlet im wellen-
 bewegten Wasser der Arena,
 Verb. des gr. Zirkusprogramms.

Zirkus A. Schumann
 Einlad. 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Der Zirkus ist gut geholt.
**Täglich das große glän-
 zende Zirkus-Programm**
 und
Die Seeräuber
 Große Ausstattung. Pant. 1. 4 Akt.
 Jed. Sonntag 2 gr. Vorstellungen.
 3 Uhr u. 7 1/2 Uhr.
 Nachmittags 1 Kind frei.
 In beiden Vorstellungen:
Die Seeräuber
 und das vollständ. Programm.

WINTERGARTEN
 Lillebil's Hochzeitsreise.
 Aegypt. Burleske in 7 Bildern.
 Inszenierung von
Max Reinhardt.
 Hauptdarsteller:
Hans Wassmann,
 Lillebil Christensen,
 Käte Stern, Ernst Matray.
 Hierin das
 große Varieté-Programm.

Casino-Theater
 Lothringer Str. 37. Täglich 7 1/2 Uhr.
 Um 7 1/2 Uhr: Gutes Programm.
 Um 9 1/2 Uhr: Die Schlagerpötte
 Einlad. in Gros-Berlin
Zwei helle Berliner
 Berliner Humor — Berliner Figuren
 Sonntag 4 Uhr: Einer vom U-Boot

Spolto
 FRIEDRICHS-AN-DES-ROOFS
 Anfang 1/8 Uhr.
**Neues
 Februarprogramm.**
 Dazu
Neptun auf Reisen.
 Ausstattungsgewinn 3. 5 Bildern
 Stürmische Meereswelt!
 Prachtv. Kostüme u. Dekorationen.

Reichshallen-Theater.
 Steffiner Sänger.
 „Cabaret Feldgrau“
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Sonntag
 nachmitt. 3 Uhr:
 Vorstellung zu
 ermäß. Preisen!
Neues Programm!

Rose-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Das Glücksmädlein.
Walhalla-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Das Musikantenmädlein.
Admiralspalast.
 Schiffschiffelker - Ballett
 u. d. Oper „Der Prophet“
 und
Frau Fantasie.
 Vorzügl. Küche. Anfang 7 1/2.

Volgt-Theater.
 Badstr. 58. Täglich 7 1/2 Uhr:
Zu Leid und Freud.
 Sonnabend, den 17. Februar:
 Der Sohn der Wildnis!
 Benefiz für Alexander Gawonda.
 Eröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner Konzerthaus.
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: Gr. Konzert
 des Berliner Konzerthaus-Orchesters
 Leiter: Komposit. Frz. v. Sion.
 Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
 An allen Wochentagen: Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt
 und voller Orchesterbesetzung.

National-Theater Spandauer
 Strasse 68.
Studentenliebchen.
 Operette in 3 Akten. Auf. v. Bromme.
 Anweis. gült. f. 1-6 Pers. b. 17. Febr.
 Parterre 0,75, Sessel 1.—,
 Erster- u. Zweiter 1,50.
 Vorberf. ab 1/11-2 u. ab 6 11. ab 8.

VIKTORIA-THEATER
 (Sanskouel) Kottbus Str. 6
 Telephone Hohhln.-Hlstat.
 Moritzpl. 14814 Kottbus Tor
HAGENBECK
 GROSSTE RAUHTIERREISSCHAU DER ERDE
 Täglich Abendvorstellung
 um 7 1/2 Uhr.
 Mittw., Sonnabds., Sonntags
 je 2 Vorstellungen, 3 1/2 u. 7 1/2 U.
 Wochentags nachmittags
 Vorzugspreise.
 Vorverkauf: Hagenbeckkassa
 Kottbus St. 6 u. Wertheim.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85
 Geschäftzeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!
Die nächste ordentliche Generalversammlung
 der Verwaltungsstelle Berlin findet am 25. März d. J.
 statt.
 Anträge zu dieser Generalversammlung müssen
 spätestens am 25. Februar bei der Ortsverwaltung
 eingelaufen sein.
Donnerstag, den 15. Februar 1917, abends 8 Uhr:
Branchenversammlung der Drahtarbeiter
 im Lokal von **Wieberstein**, Adalbertstr. 59.
 Tagesordnung:
 1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse während des Krieges.
 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
 Zu dieser Versammlung sind besonders die Kollegen, welche zurzeit
 außerhalb der Branche beschäftigt sind, eingeladen.

Achtung! Achtung!
Die Vertrauensmännerkonferenz findet im Februar
 u. ist statt.
Die Ortsverwaltung.

Elektrolyt Georg Girth
 heilt die Verdauung und fördert den Stoffwechsel. Wirft
 belebend auf den ganzen Organismus. Ein Bedarf beweist
 sich in Puffen u. Zittern des Körpers für 30 Pf. bis 60 Pf.
 je nach Quantum in den Apotheken oder direkt von der
 Ludwigs-2. Apotheke, München 5, Neubauerstr. 8.

Colonge Vorrat reicht
 liefert die
Buchhandlung Vorwärts
 SW. 68, Lindenstr. 3, und die Ausgabestellen

Die Neue Welt. Industriertes Unterhaltungsblatt für Wissen-
 schaft, Belehrung und Unterhaltung. Es sind vorhanden:
 Jahrgang 1899, 1908, 1909, 1911 bis 1915.
 Gebunden 4.— Mk.
Marr, A., Das Kapital. 3 Bände.
 Halbfranz gebunden früher 35.— Mk., jetzt 35.— Mk.
Schlosser, Fr. Chr., Weltgeschichte. 20 Bände in 10 Bänden.
 Statt Gebd. 50.— Mk. für 35.— Mk.
Beyer, C., Im Pharaonenlande (Aegypten). Reisebeschreibungen
 aus Aegypten. Statt Gebd. 6.— Mk. für 1,50 Mk.
Mantegazza, P., Die Physiologie des Haffes.
 Statt 7.— Mk. für 1,50 Mk.
Pfeil, Christian, Die Blütezeit der deutschen politischen
 Epiel von 1840—1850. Statt Gebd. 10.— Mk. für 3,50 Mk.
Seidel, R., Friedrich der Große. „Der Heros der deutschen
 Volksbildung“ und die Volksbildung. Statt Gebd. 1,50 Mk. für 1.— Mk.
Kobell, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt. Mit zwölf
 Tafeln und vielen Textillustrationen. Statt Gebd. 20.— Mk. für 6.— Mk.
Sinclair, Der Industriebaron. Geschichte eines amerika-
 nischen Millionärs. Statt 2.— Mk. für 0,50 Mk.
Preczang, Ernst, Die Glücksbude.
 Statt 2.— Mk. für 0,50 Mk.
Seyditzsche Geüße. Geschichten von Grohmann.
 Statt 2.— Mk. für 1,20 Mk.
 Aus dem Inhalt: Ein nächstlicher Ruf. — Der Ver-
 teidiger. — Debatte über das Beten. — Der Staats-
 anwalt Dunter. — Die Hinrichtung.
Rehm, Herm. Siegt., Das Buch der Marionetten.
 Statt Gebd. 12.— Mk. für 6.— Mk.
Ruppert, Otto, Amerikanische Reiseromane und Erzählungen.
 Jeder elegant gebundene Band ist einzeln zu haben und
 kostet
 1. Der Pedlar. 2. Vermittelt. 3. Zwei Welten. 4. Ver-
 mächtnis des Pedlar. 5. Mary Kreuzer. 6. Eine Karriere
 in Amerika. 7. Rufschlichter. 8. Geld und Geist. 9. Schul-
 lehrerleben im Westen.
 Außerdem empfehlen wir einen Posten älterer Reclam-
 bändchen.
 Je 4 Rm. für —50 Mk.

**Ungewöhnliche Erwerbs-
 Möglichkeiten**
 bietet die nächste Zukunft. Eine Gef-
 reilichste Änderung unseres gesamten
 Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Auf-
 schwung unserer Industrie u. des Han-
 dels steht bevor, und es werden überall
**geschulte
 Kräfte gesucht**
 sein. Angehörige technischer Berufe
 u. Handwerker sollen nicht versäumen,
 ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der
 kommenden Zeit anzupassen, um teil-
 zunehmen an den wirtschaftlichen Er-
 folgen, die naturgemäß das Ergebnis
 des gewaltigen Ringens sein müssen.
 Das beste Mittel, rasch und gründlich,
 ohne Lehrer, durch einfachen Selbst-
 unterricht eine gründliche Ausbildung
 in technischen Wissenschaften zu er-
 werben, sind die technischen Selbst-
 unterrichtswerke „Syst. Karnack-
 Hausfeld“, 80 S. starke Bro-
 schüre kostenlos.
**Bonnas & Hachfeld, Potsdam,
 Postfach 187**
 Geräumige Zweizimmerwohnung
 mit Zentralheizung, Warmwasser-
 versorgung, Bad, Balkon und Zu-
 behör zum Preise von monatlich
 43 Mark. Auskunft: Allgemeine
 Ortskrankenkasse Reinhold, Seifert-
 str. 8, Aufg. 11, 1. Etz.

Bekanntmachung.
Städtische Volksspeisung.
 Die Teilnehmer an der städtischen Volksspeisung haben in der Zeit
 von Montag, den 12. bis Donnerstag, den 15. d. M., bei der Entnahme
 der Speisungskarten für die Woche vom 19. bis 25. Februar vorher
 den Reich- und Kartoffelkarten auch die Lebensmittelkarte zur Ab-
 trennung des Abschnittes 28 vorzulegen. Es können in der Woche
 vom 19. bis 25. Februar nur solche Personen an der Volksspeisung teil-
 nehmen, welche diesen Abschnitt 28 bei der Ausgabe der Speisung
 mit den Abschnitten der Reich- und Kartoffelkarte abgeben haben. Der
 Abschnitt 28 der Lebensmittelkarte ist auch dann abzugeben, wenn
 nur eine halbe Portion Essen entnommen wird.
 Gleichzeitig wird zur Behebung von Zweifeln darauf hingewiesen,
 daß bis auf weiteres, da eine entsprechende Gegenleistung gewährt wird,
 vier gültige (geteilte) Abschnitte der Kartoffelkarte für jede Woche und
 Portion abgegeben werden müssen.
 Berlin, den 8. Februar 1917.
Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt.
Wermuth.

KLEINE ANZEIGEN

Verkäufe
Veigaraturen! Stankstolas!
 Ruchsgarnituren! Eposumstolas!
 Kuffen! Bettenerker! Herrenscher-
 robe! Uhrenverkauf! Schmuckstücken!
 Waren aller Art! Überbilligte Preise!
 Verkauft! Warshauerstr. 7.
Leppich-Thomas, Oranienstr. 44
 Inoffizielles farblich gefärbtes Leppich,
 Gardinen, Vorhängen, Teppiche, Spott-
 bänder, Leppichverkauf, Uhrenverkauf.
Wandbildhaus Hermannplatz 6.
 Kleinauswahl verschiedener Tele-
 phonen, Leppich, Herrensachen,
 Herrenkleidung, Herrenhosen, Sport-
 bänder, Leppichverkauf, Gardinen-
 verkauf, Leppichverkauf, Uhrenverkauf.
Werb! Werb! sparen Sie, wenn
 Sie im Leppich Rosenfelder Tor,
 Linienstr. 308/4, Edel Rosenfelder-
 str. kaufen. Im Verkauf gemene
 Anzüge, Paletots, Mäntel sowie neue
 Waggardereben, Leppich, Kuffen,
 Stuhl, Krag, Kostüme, Sommer-
 preis. Silberne Uhren 5.—, goldene
 Damenuhren 8.—, Schmuckstücken,
 Brillanten. Auf Uhren dreijährigen
 Garantiezeit. Eigene Werkstatt.
 Sonntag 12-2.
**Güternutzer, Heidemann, Rein-
 hold, Dohrenstr. 28. 11/17**
 Eine Gartenparzelle billig zu ver-
 kaufen, eventuell zu verpachten mit
 Laube, Pumpe und sämtlichem Zu-
 behör, 65 Quadratrußen. Zu er-
 fragen Nr. Aufg. Stettinerstr. 51.
Aquarienliebhaber. Aquarium
 80x30x30 und mehrere kleinere mit
 Durchlüftung und Heizung, ein großer
 Luftfessel mit Pumpe und allem Zu-
 behör preiswert zu verkaufen. Pan-
 fum, Hohenhofshausen, Freienwalder-
 str. 24. 766
Verkauft sämtliche Möbel, Betten,
 Tischgeschlössen, Dresdenerstr. 106
 I. links. 11/30

Metallschmelze Gohn laßt sich
 Schmelzen! Blühtumpel! Zellen!
 Müllertreffen! Bettede! Zellen!
 Hinge! usw. höchstgabelnd. Händler
 Vorzugspreise! Brunnenstr. 25 und
 Reußhof, Berlinerstr. 76.
**Reinholdstr. 29, Stenograph, rein,
 Borax, Rebal, Seifen, Paraffin,
 sämtliche Deliate, Schellack, Terpentin-
 stein, und ähnliches laßt. höchste
 Preise gabelnd. Walter, Thaeerstr. 6.
 Köhlerstr. 333A. 8**
**Seifenstr. 29, Stenograph, Wein-
 forsen bis 3 Pfennig, aller Art,
 Schallplatten, Waagen, jeden Vollen,
 fault höchstgabelnd Reußhof, Alte
 Leipzigerstr. 21.**
Naturkraft gebrauchte und neue
 Fertige, Treibriemen, Spindel-
 bohren, Säulen, Bergwerksmaschinen,
 Reibmaschinen laßt laufend für
 eigenen Betrieb Heinrich Brühl,
 Stadthofstr. 59 und Reußhof-
 str. 5, Laden. Telefon Nooit
 2398.
**Reinholdstr. 29, Stenograph, sowie
 Standöl, Ailo 8 Mark, Copal, Glycerin,
 Paraffin laßt höchstgabelnd, selbst
 kleine Mengen, Farbenindustrie, Bor-
 hagener Str. 10, zwischen Warshauer- und
 Niederbarnimstr. 2.**
**Jede jeder Art, auch Smallleide,
 Ailo 8 Mark, laßt, selbst kleine
 Mengen, Farbenindustrie, Borhagener
 Str. 10, zwischen Warshauer- und
 Niederbarnimstr. 2.**

Möbel
Triugend wichtig für jeden Möbel-
 suchenden ist die Beschäftigung meiner
 Kleinfinger moderner Preise,
 Herren-, Schlafzimmer. Einige kom-
 plette Wohnstubeinrichtungen noch
 ganz besonders billig. R. Fischer-
 möb. Berlin nur Südost, Saiter-
 str. 24. 766
Verkauft sämtliche Möbel, Betten,
 Tischgeschlössen, Dresdenerstr. 106
 I. links. 11/30

Unterricht
 Englischen Unterricht für An-
 fänger und Fortgeschrittene, sowie
 deutsche und französische Stunden er-
 teilt G. Ewert, Charlottenburg,
 Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Musikinstrumente
Blasinstrumente, große, sch-
 affordige 18.—, mit sämtl. Unter-
 noten (Kassenpreis circa 30.—), Bloß-
 duettst. 25.— (über 45.—), Dar-
 monium mit Solocapparat billig,
 eventuell Kassenzahlung. Oranien-
 str. 166 III.

Verschiedenes
Kunststapier Große Frankfurt-
 str. 67. 688*

Kaufgesuche
Spargel! Kupfer! Messing!
 Antimon! Zinn! laßt für Kriegs-
 lieferung der Kriegsmetal. Aktien-
 gesellschaft, außerdem laufe Bah-
 nschiffe! Statist. 7.30. Schmelz-
 Verrichtung, Spandauerstr. 24
 (gegenüber Rantenschiffstr.)
Cel. Jede jeder Art, Ailo
 4 Mark, Reppentier, Spielzeuge,
 laßt höchstgabelnd Farbenindustrie,
 Borhagenerstr. 24, zwischen
 Warshauer- und Niederbarnimstr.
Flaschhälle! Stamm bis 7.30.
 Jahrgänge! Schmuckstücken! Ketten!
 Hinge! Müllertreffen! Blühtumpel!
 Ailo! Ailmaße! höchstgabelnd!
 Silber-, Schmuck-, Re-All- u. Gold-
 schmelz, Reußhofstr. 31. Telefon
 Alexander 4243. 8*

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Korbmacher - Weibchen auf Korb-
 flecken stellt ein Paul Roth, Reigen-
 see, Langhansstr. 4.
Junge Mädchen für leichte
 dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
 Sigaretenfabrik Garbath, Pantow,
 Dabitzstr. 4.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt. „Vorwärts“-Expedition, Berlin-
 Schöneberg, Reußhofstr. 9.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt. „Vorwärts“-Expedition, Reußhof,
 Siegfriedstr. 28/29.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt. „Vorwärts“-Expedition, Pantow,
 Mühlentstr. 30.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt. „Vorwärts“-Expedition, Reußhof-
 str. 9.
Zeitungsträgerin für Hermsdorf
 und Bismarckstr. laßt Klein,
 Dorfstraße, Mühlentstr. 10.
Zeitungsträgerin verlangt
 „Vorwärts“-Expedition, Mühlentstr. 9.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt. „Vorwärts“-Expedition, Kempel-
 str., Kaiser- u. Bismarckstr. 74. Ede
 Werberstr. 2.

Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt. „Vorwärts“-Expedition, Reußhof-
 str. 9.
Zeitungsträgerin für Hermsdorf
 und Bismarckstr. laßt Klein,
 Dorfstraße, Mühlentstr. 10.
Zeitungsträgerin verlangt
 „Vorwärts“-Expedition, Mühlentstr. 9.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt. „Vorwärts“-Expedition, Kempel-
 str., Kaiser- u. Bismarckstr. 74. Ede
 Werberstr. 2.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Korbmacher - Weibchen auf Korb-
 flecken stellt ein Paul Roth, Reigen-
 see, Langhansstr. 4.
Junge Mädchen für leichte
 dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
 Sigaretenfabrik Garbath, Pantow,
 Dabitzstr. 4.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt. „Vorwärts“-Expedition, Berlin-
 Schöneberg, Reußhofstr. 9.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt. „Vorwärts“-Expedition, Reußhof,
 Siegfriedstr. 28/29.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt. „Vorwärts“-Expedition, Pantow,
 Mühlentstr. 30.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt. „Vorwärts“-Expedition, Reußhof-
 str. 9.
Zeitungsträgerin für Hermsdorf
 und Bismarckstr. laßt Klein,
 Dorfstraße, Mühlentstr. 10.
Zeitungsträgerin verlangt
 „Vorwärts“-Expedition, Mühlentstr. 9.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt. „Vorwärts“-Expedition, Kempel-
 str., Kaiser- u. Bismarckstr. 74. Ede
 Werberstr. 2.

Tüchtiger Eisenbetonpolier,
 möglichst Zimmerpolier, für sofort gesucht.
Eisenbetonbau Gnilka,
 Berlin-Salensee, Rurfürstendamm 115. — 116/17 5280.
Maschinenschlosser
 zum sofortigen Eintritt gesucht.
 Geinge & Wanders, Oranienburg, Kremmener Str. 48.

Portier,
 mit Zentralheizung und Fahrstuhl
 verkauft, laßt G. H. Speck,
 Lützowstr. 2. 12/9
Heizungsbauer u. Arbeiter
 verlangen sofort 12/8
 Kassatz & Kleinstahl, Rurfürstent. 143